

Leben heißt handeln

3.50 € · ISSN 1437-7543 · Nr. 144/1.2020

ROBIN WOOD

magazin

**ENERGIEWENDE
SELBSTGEMACHT:
ZU ÖKOSTROM
WECHSELN**



ÖKOSTROM- ANBIETER FINDEN

Für die Energiewende ist es wichtig, dass Menschen zu Ökostromanbietern wechseln. Welche empfehlenswerten Stromanbieter es gibt und wie leicht das Wechseln ist, erfahren Sie im aktuellen ROBIN WOOD Ökostrom-Report in der Heftmitte.

Wechseln Sie jetzt und unterstützen Sie unsere wichtige Rechercharbeit und unser Engagement für die Umwelt mit Ihrer Spende. Herzlichen Dank!



Foto: ROBIN WOOD

18. Januar 2020 in Berlin: Die Magazin-Redaktion hat es satt!

Liebe Leserinnen und Leser!

Wenn Sie angesichts der dramatischen Klimakatastrophe aktiv werden wollen, können Sie selbst aus Kohle und Atom aussteigen, indem Sie zu einem Ökostromanbieter wechseln. ROBIN WOOD hat in einer aktuellen Recherche geprüft, welche Anbieter wirklich empfehlenswert sind. Mehr dazu und wie einfach das Wechseln ist, erfahren Sie auf 16 Sonderseiten im **ROBIN WOOD-Ökostromreport 2020** in der Heftmitte. Dazu bieten wir auf zahlreichen weiteren Seiten in dieser Ausgabe Hintergrundinformationen zum Thema Ökostrom, Kohle und Atomenergie.

Ende Januar hat sich die Bundesregierung auf ein Gesetz zum Ausstieg aus der Kohle geeinigt. Die unzureichenden Ergebnisse der Kohlekommission wurden darin noch weiter verwässert. Erst bis 2038 soll aus der Kohle ausgestiegen werden und Regionen und Konzerne mit viel Steuergeld entschädigt werden. Ob und wie viel CO₂ durch das Gesetz gespart wird, ist nicht einmal den Regierungsmitgliedern klar. Klar ist allerdings, dass **Braunkohle** länger als von der Kohlekommission vorgeschlagen verheizt werden soll. In den großen Tagebauen wird weiter gebaggert. Als Zugeständnis an die Protestierenden soll der Hambacher Wald ausgespart und als Halbinsel im riesigen Braunkohleloch stehenbleiben. Dass damit der Wald nicht geschützt werden kann, ist klar. Mehr dazu und warum der Protest gegen die Nutzung von Braunkohle weitergehen wird, erfahren Sie auf Seite 8 und 9 in dieser Magazinausgabe. Dass immer noch Dörfer für die Braunkohle in Deutschland abgebagert werden, ist nicht nur für die betroffenen Einwohner*innen ein Skandal. Christian Huschga aus der Lausitz fragt sich in seinem Beitrag auf Seite 22 und 23 wie es sein kann, dass unmittelbar im Finale der deutschen

Kohleverstromung ein neues Bergbaufeld erschlossen wird. Während die Braunkohle mit ihren riesigen Löchern medial immer mehr Aufmerksamkeit bekommt, spielt **Steinkohle** in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland kaum eine Rolle. Seit 2018 wird 100 Prozent der in Deutschland verbrannten Steinkohle importiert, 40 Prozent davon kommen aus Russland. Dort wird die Kohle unter unvorstellbaren Bedingungen abgebaut: tödlich für Mensch und Umwelt. Mehr dazu lesen Sie ab Seite 18 in dieser Ausgabe.

Der Ausstieg aus der **Atomenergie** ist noch längst nicht vollzogen: Immer noch sind nicht alle AKW abgeschaltet, die Atomtransporte, die Urananreicherung in Gronau und die Brennelemente-Fertigung in Lingen laufen unbefristet weiter. Warum Atomkraft nix für das Klima ist und den Ausbau der Erneuerbaren Energien bremst, erfahren Sie ab Seite 24 dieser Magazin-Energiespezialausgabe.

Erdmann Wingert ist Anfang der 80er als einer der ersten für ROBIN WOOD auf die Schornsteine der Kohlekraftwerke gestiegen. „**Demos sind gut, Aktionen sind besser**“, ist seine Meinung. Im interessanten Gespräch ab Seite 12 dieser Ausgabe leben die Anfänge von ROBIN WOOD wieder auf und Erdmann macht deutlich, warum er es als lustvolle Pflicht sah und sieht, den Umweltsündern aufs Dach zu steigen.

Herzlichen Dank für Ihr Engagement, bleiben Sie aktiv! Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen im Namen der Magazin-Redaktion
Ihre

Christiane Weitzel

Foto: Stephan Röhl



Seite 7

tatorte 

- 6 Hamburg: Flughafenausbau stoppen – Klima schützen!
- 7 Berlin: Steinkohle kann tödlich sein

 tatorte

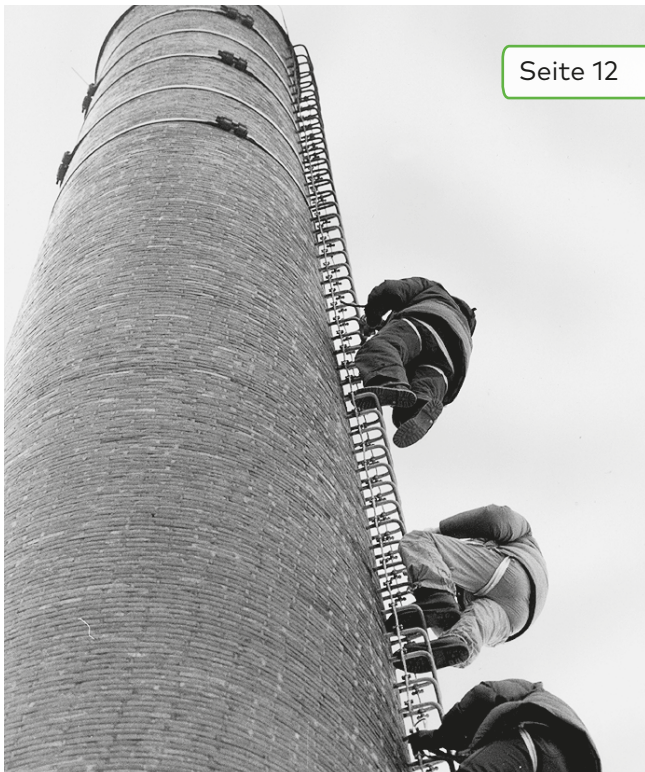
Tagebau Hambach: Stoppt die Bagger JETZT! 8



Seite 8

Foto: ROBIN WOOD

Seite 12



wald 

10 Neue Unterrichtsmaterialien: Papier – von Natur bis Kultur

internes 

12 „Demos sind gut, Aktionen sind besser“: Interview mit Erdmann Wingert



Seite 20

energie 

- 16 Ökostrom ist nicht gleich Ökostrom
- 18 Steinkohle aus Russland
- 20 Valentina Bekrinova: Eine Schorin berichtet

 energie

- Gebt Mühlrose eine Chance! 22
- Altes Schlafmittel in neuen Schläuchen 24
- Niemand hat die Absicht eine Laufzeit zu verlängern 26
- Atomkraft ist niX für's Klima 28

Seite 26



Foto: Stina Harbeck

Heftmitte

ROBIN WOOD ÖKOSTROM- REPORT 2020

internes 

- 30 Mache jetzt den Wald-Fußabdrucktest!
- 30 Impressum

Heftmitte: Auf 16 Seiten der ROBIN WOOD-
Ökostromreport 2020



Foto: ROBIN WOOD

Protest im Terminal 1: Statt die Infrastruktur von Flughäfen auszubauen, fordert ROBIN WOOD von Bund und Ländern den Ausbau von Alternativen wie den länderübergreifenden Schienenverkehr und ein Nachtzug-Angebot

Flughafenausbau stoppen – Klima schützen!

Hamburg, 21. November 2019: Mit der Aufschrift „Flughafen wächst – Klima stirbt – Ausbau stoppen!“ spannten Aktivist*innen ein großes Banner in der Halle des Hamburger Flughafens. Damit zeigte die Aktionsgruppe ihren Protest gegen den weiteren Ausbau des Flughafens.

„Die stetig steigenden Passagierzahlen dürfen durch einen Ausbau nicht weiter gefördert werden“ sagt Paula aus der Regionalgruppe Hamburg-Lüneburg. Fliegen ist die klimaschädlichste Art sich fortzubewegen. Und trotzdem sollen weitere 500 Mio. Euro in den Flughafen investiert werden. Eine sinnvolle Ausgabe für dieses Geld wäre eine Investition in den Ausbau des Schienenverkehrs und des Nachtzug-Angebots, denn viele Flugreisen können bequem und einfach vermieden werden.

Die Stadt Hamburg als Mehrheitseigentümer des Flughafens könnte durch den Stopp des Flughafenausbaus ein Zeichen für mehr Klimaschutz in ihrer Politik setzen, doch bisher sieht es danach aus, als würde die Klimakrise weiter ignoriert werden.

Vor der Bürgerschaftswahl im Februar machten vor allem Grüne und auch die SPD viele Klimaschutzversprechen.

Doch wer Klimaschutz ernst meint, der muss die Expansion des Hamburger Flughafens stoppen, denn er ist einer der größten Klimaverschmutzer in der Stadt. Fluggesellschaften und Flughafenbetreiber geht es vor allem um wirtschaftliche Profite. Dass sie dafür Klima, Umwelt und Gesundheit ruinieren, nehmen sie in Kauf.

Im Flughafen selbst blieb unsere Aktion natürlich nicht unbemerkt, und so waren bald neben mehreren Journalist*innen auch viele Einsatzkräfte der Polizei und Feuerwehr vor Ort. Ein Sprungkissen wurde ausgelegt, doch dieses war unnötig, und nach wenigen Stunden beendeten wir die Aktion selbstständig und ohne Zwischenfälle.

Am Boden wurden die Kletternden von weiteren Aktiven unterstützt, die fleißig Flyer verteilten und Gespräche mit Passant*innen führten, die überwiegend positiv waren. Auch die mediale Aufmerksamkeit war groß und wir konnten in den nächsten Tagen einige positive Berichte und Videos über die erfolgreiche Banneraktion im Flughafen zum Stopp dessen Ausbaus finden.

Regionalgruppe Hamburg-Lüneburg

Steinkohle kann tödlich sein

Berlin, 28. November 2019: ROBIN WOOD-Aktivist*innen setzten am Vattenfall-Kraftwerk Moabit in Berlin ein eindrucksvolles Zeichen für den Klimaschutz und den sofortigen Ausstieg aus der Kohleverbrennung: In den frühen Morgenstunden seilten sich Kletter*innen an dem Kraftwerksgebäude ab und entrollten dort ein etwa 100 Quadratmeter großes Transparent mit der Aufschrift: „Steinkohle kann tödlich sein“. Auf diese Weise solidarisierten sie sich auch mit den globalen Klimastreiks und Anti-Kohle-Protesten im Lausitzer Braunkohlerevier.

Das vom Energiekonzern Vattenfall betriebene Kraftwerk verbrennt zum größten Teil Steinkohle – einen der klimaschädlichsten Energieträger in Deutschland. Allein 2018 wurden 110 Millionen Tonnen CO₂ durch Steinkohlekraftwerke in Deutschland freigesetzt.

Um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, dürfen weltweit höchstens insgesamt noch 700 Milliarden Tonnen CO₂ ausgestoßen werden. Das heißt, dass jetzt insbesondere in Industrieländern wie Deutschland der Treibhausgas-Ausstoß radikal sinken muss. Der Ausstieg aus der Verbrennung von Stein- und Braunkohle zur Strom- und Wärmeproduktion hätte schon längst vollzogen werden müssen.



Steinkohle zu verbrennen ist ungerecht: Gegenüber den Menschen weltweit, die schon jetzt am stärksten von den Folgen der Klimakrise betroffen sind, und gegenüber denjenigen, deren Lebensgrundlage, Gesundheit und Zuhause durch den Abbau der Steinkohle zerstört wird. Deutschlands Energiehunger wird hier auf Kosten anderer gestillt.

Spektakulärer Protest am Vattenfall-Kraftwerk in Berlin-Moabit: Steinkohle kann tödlich sein





Stoppt die Bagger JETZT!

Über eineinhalb Jahre ist die Räumung des Hambacher Waldes im September 2018 her. Bei dem größten Polizeieinsatz in der Geschichte Nordrhein-Westfalens ist es den Behörden und der Politik nicht gelungen, die Besetzung vollständig zu beenden. Stattdessen wurde der Wald mehr denn je zum Symbol der Klimagerechtigkeitsbewegung. Anfang Oktober 2018 verhängte das Landgericht Münster einen Rodungsstopp und die Polizeikräfte verließen kurz darauf den Wald.

Am 16. Januar 2020 gab es eine Einigung der Ministerpräsidenten der Kohleländer, der Bundesregierung und der Energiekonzerne: Feierlich wurde ein Kohleausstieg 2038 und der Erhalt des Hambacher Waldes verkündet. Beim genaueren Hinsehen wird klar: Der Gesetzesentwurf bleibt sogar deutlich hinter dem schwachen Vorschlag der Kohlekommission zurück, er bedeutet die Zerstörung der Dörfer am Tagebau Garzweiler, führt zu erheblich mehr Treibhausgasemissionen. Und auch ob der ‚Hambi‘ diesen Beschluss tatsächlich überlebt, ist mehr als fraglich.

Ein kurzer Bericht und Aussichten aus dem besetzten Wald

Schrille, industriell klingende Sirenen hallen durch den Wald. Sie kündigen das Starten des riesigen Schaufelrads an, mit dem die Maschinen von RWE weiter die Erde am Tagebau abgraben. Die Bagger sind ein alltäglicher Anblick im Wald geworden. An manchen Stellen sind es keine 50 Meter mehr, die die Waldkante vom Rand der Kohlegrube trennen. Tagsüber sind Teile der monströsen Maschinen zwischen den Bäumen hindurch zu erkennen. Nachts leuchten deren helle Scheinwerfer in den Wald hinein.

Der Kohleausstieg ist beschlossen. So verkünden es die Minister der kohlefördernden Bundesländer. Die Kohleeinigung, wie diese von Politiker*innen und Energiekonzernen genannt wird, sieht vor, 2038 das letzte Braunkohlekraftwerk vom

Netz zu nehmen. Politiker*innen feiern die Einigung als großen Schritt, das Klimaziel von unter 1,5 °C Erwärmung zu erreichen. Doch die Realität geht an der Politik vorbei. 18 Jahre noch soll die Braunkohle weiter verstromt und dadurch die Klimakrise weiter befeuert, sollen Dörfer zerstört und Menschen dafür zwangsumgesiedelt werden. 18 Jahre – eine unvorstellbar lange Zeit, um auf die verheerenden Auswirkungen des globalen Klimawandels zu reagieren. Von einem Erreichen der Klimaziele ist dieser Kurs weit entfernt. Dieses Jahr soll das umstrittene Steinkohlekraftwerk Datteln 4 ans Netz gehen. Anstatt die Bedrohung, der wir uns alle gegenübersehen, ernst zu nehmen, lassen sich die Energiekonzerne lieber die Taschen mit Geld füllen. Über vier Milliarden Euro sollen sie als „Entschädigungszahlung“ für den früheren Ausstieg erhalten. Geld, das die meisten Betroffenen dieser fatalen Energiepolitik nie sehen werden.

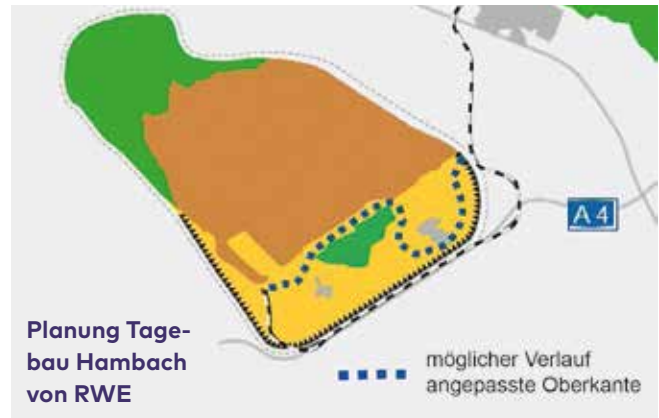
Währenddessen graben die Bagger vor dem Hambacher Wald weiter. Das Dorf Manheim ist bereits fast vollständig zerstört. Morschenich, auf der anderen Seite des Waldes, erwartet dasselbe Schicksal. Selbst nach dem gerichtlichen Rodungsstopp fährt RWE bis heute mit dem Abriss fort und erweitert den Tagebau, ohne dass entschieden ist, ob die Kohlegrube weiter betrieben werden darf. Der Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND) erwirkte den Rodungsstopp mit einer Eilklage. Bevor weiter gerodet werden darf, ist zu prüfen, ob der Hambacher Wald als Schutzgebiet in Betrachtung kommt. Diese und eine weitere anhängige Klage wegen des in der Nähe von Manheim befindlichen BUND-Grundstücks stehen noch aus und werden voraussichtlich dieses Jahr entschieden.

Die Besetzung im Hambacher Forst bleibt vorerst. Das „Zugeständnis“, den Wald erhalten zu wollen, mit der Kohleförderung aber weiterzumachen wie bisher, kann als Versuch gesehen werden, die Klimabewegung zu schwächen und dem Protest einen wichtigen Kristallisationspunkt zu nehmen.

Die Auswirkungen der Klimakatastrophe werden immer deutlicher. Ob Waldsterben in Deutschland, das Abschmelzen der polaren Eiskappen und Gletscher oder die verheerenden Feuerstürme in Australien und in vielen anderen Ländern auf der Welt: Die Politik ist handlungsunfähig und orientiert sich an Profitinteressen der Großkonzerne. Dagegen steht die Besetzung des Hambacher Waldes. Ein Ort, an dem antikapitalistisches Leben möglich ist. Eine Begegnungs- und Austauschstätte nicht nur für Klima- und Kohleprotest, sondern für ein Leben ohne Ausbeutung von Mensch und Tier, dafür mit feministischer, antikapitalistischer und antirassistischer Kultur. „Da es offiziell ist, dass der Hambacher Wald bleibt, ist für uns Zeit, die letzten acht Jahre des Protestes zu reflektieren. Es geht bei diesem Ort nicht nur um den Kampf gegen den Klimawandel, sondern auch um den Austausch von Ideen für vielfältigen Widerstand“, sagt Dot, Bewohner*in der Waldbesetzung. „Es macht mich wütend, wenn mir von Politiker*innen und Pressevertreter*innen erzählt wird, dass die Klimaziele mit dem geplanten Kohleausstieg erreicht werden und jetzt doch alles gut sei. Sie sollen verdammt nochmal aufhören zu lügen, denn das werden sie nicht! Es geht einzig um die Maximierung von Profit, auf Kosten aller Lebewesen, die diesen Planeten in Zukunft bewohnen werden.“

Als Insel im Braunkohleloch wird der Hambacher Wald nicht überleben können

Das Handeln der Politik und von RWE lassen nicht erkennen, dass es um den Erhalt eines schätzenswerten Ökosystems geht. Im Gegenteil: Selbst wenn die Bagger jetzt sofort aufhören würden zu graben, müsste RWE das Abpumpen des Grundwassers beenden und dem Wald mehr Abstand zur Kohlegrube zurückgeben, damit sich dieser regenerieren



Wenn der Abbau im Tagebau so umgesetzt wird, hat der Hambacher Wald keine Chance

kann. Stattdessen sieht der neue Rahmenbetriebsplan von RWE für den Kohletagebau Hambach vor, den Wald als „Insel“ im Braunkohleloch stehen zu lassen und den Rest abzubauen. Umweltschutzorganisationen bezweifeln, dass der alte und artenreiche Wald dies überleben würde. Damit käme die angebliche „Rettung“ des Hambacher Forsts einer Rodung gleich, und die Absichten der Verantwortlichen werden deutlich. Armin Laschet, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, hat laut Informationen der Waldbewohner*innen auf dem CDU-Parteitag angekündigt, die Besetzung erneut räumen zu lassen.

Der Kampf um den Hambacher Wald und um Klimagerechtigkeit ist also noch lange nicht vorbei – und die Klimagerechtigkeitsbewegung wird sich von diesem Gesetz nicht einlullen lassen!

Sascha Waldbach

Die Bagger graben weiter, das Dorf Manheim ist bereits fast vollständig zerstört und auch der Wald ist immer noch in Gefahr



Mehr lernen über Papier und Umwelt

Neue Unterrichtsmaterialien „Papier – von Natur bis Kultur“ helfen beim Wald-, Arten- und Klimaschutz

Der hohe Papierverbrauch in Deutschland verursacht enorme Schäden für Wälder und Klima. Papier ist ein vielgenutztes Alltagsprodukt. Um zu einem bewussten Umgang mit Papier zu motivieren, setzt ROBIN WOOD auf die Umweltbildung von Kindern und Jugendlichen. Die Umweltorganisation

unterstützt daher ein Projekt der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung NRW und des Vereins Papier & Ökologie, die jetzt neue digitale Unterrichtsmaterialien zum Thema Papier erstellt und veröffentlicht haben. Ziel ist es, Schüler*innen die ökologischen und sozialen Folgen, die mit dem Alltagsprodukt Papier verbunden sind, anschaulich und praxisnah zu vermitteln und sie zu eigenem Handeln zu befähigen. Das Thema Papier bietet viele Anknüpfungspunkte und Bearbeitungsmöglichkeiten für verschiedene Schulfächer sowie den fächerübergreifenden Unterricht. Die digitalen Unterrichtsmaterialien richten sich an Schüler*innen aller Schulformen, von der Grundschule bis zur Oberstufe, und an Kinder und Jugendlichen der außerschulischen Lernorte. Die Materialien stehen kostenlos zum Download zur Verfügung gestellt.

„In meiner jahrzehntelangen Bildungsarbeit erlebe ich, dass Schüler*innen schnell Ideen entwickeln und stolz

sind, wenn sie mit ihrem Handeln einen persönlichen Beitrag zu globalen Veränderungen leisten können. Die neuen Unterrichtsmaterialien, in die auch meine Erfahrungen, Methoden und Inhalte eingeflossen sind, liefern ein ansprechendes Angebot für alle, die jungen Leuten Klimaschutz zum Anfassen näher bringen wollen“, sagt Angelika Krumm, Papierexpertin bei ROBIN WOOD

Der Papierverbrauch in Deutschland hat sich seit 1950 fast verachtfacht. Über 80 Prozent des benötigten Holzes werden importiert – mit negativen Auswirkungen für Natur und Menschen insbesondere in Ländern des Globalen Südens. Umso entscheidender sind ein sparsamer Umgang, die konsequente Wahl von Recyclingpapier mit Blauem Engel sowie die sorgfältige Altpapierentsorgung, um die wertvollen Holzfasern so oft wie möglich im Kreislauf zu führen. Das entlastet die Wälder und spart Energie.

- Die neuen Unterrichtsmaterialien zum Thema Papier sind auf der Internetseite www.foep.info/Verfentlichungen kostenlos abrufbar.
- Eine weitere Bereicherung für Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema ist die ROBIN WOOD-Wanderausstellung „Papier – weniger ist mehr“, die bundesweit bei Zahlung der Versandkosten ausgeliehen werden kann. Alle Infos dazu unter: <https://www.robinwood.de/schwerpunkte/wanderausstellung>



Foto: Angelika Krumm

Für mehr Informationen:
Angelika Krumm, ROBIN WOOD-Projekt-
koordinatorin, papier@robinwood.de

Evelyn Schönheit, Papier & Ökologie e. V.,
Tel.: 040 4201246, mobil: 0174 644364,
kontakt@evelyn-schoenheit.de

#unrecyclebar

REST

IN



PIECES



Damit Pappbecher, Verpackungen und Büropapier nicht zu einem unlösbaren Problem für Umwelt & Zivilisation werden, benutzt du sie am besten gar nicht erst. Alternativen kennt jeder: Porzellantassen, Pizza nicht im Karton anliefern lassen und zu Papier mit dem Blauen Engel greifen. So einfach ist das.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des

ROBINWOOD
Gewaltfreie Aktiongemeinschaft für Natur und Umwelt e.V.

Unterstützen Sie ROBIN WOOD www.robinwood.de/spenden
oder rufen Sie uns an 040 380892-0

föp

„Demos sind gut, Aktionen besser“

Ein Gespräch mit Erdmann Wingert über die Anfänge von ROBIN WOOD und die lustvolle Pflicht, Umweltsündern aufs Dach zu steigen

? Als einer der ersten bist du für ROBIN WOOD auf Schornsteine geklettert. Was hat dich Anfang der Achtziger in diese schwindelerregende Höhe getrieben?

! Ich wohnte damals im Dunstkreis des Kohlekraftwerks Wedel, der schlimmsten Dreckschleuder Hamburgs. Die blies Jahr für Jahr Abertausende Tonnen Schwefeldioxid und Stickoxid über die Stadt – und auch über meine Kinder und meinen Garten.

? Wie kamst Du damals auf ROBIN WOOD, der Verein war doch Anfang der Achtziger erst ganz frisch gegründet?

! Stimmt, deshalb wollte ich mich ursprünglich auch bei Greenpeace andienen. Die hätten mich wahrscheinlich gern dabei gehabt, weil ich als Reporter ihre Großtaten besungen hätte. Doch eines Abends sah ich im Fernsehen einen kurzen Bericht über eine Nacht- und Nebelaktion, bei der ein ROBIN WOOD-Transparent am Michel gehisst wurde, dem Wahrzeichen Hamburgs ...

? ... das sich als Ziel der ersten ROBIN WOOD-Aktion angeboten hatte. Aber die Aktion wäre doch fast schief gelaufen, oder?

! Zum Glück nur fast, was an der Übergröße des Transparents lag, das die Maße

Erdmann Wingert, Jahrgang 1936, war Redakteur beim STERN und der ZEIT, ist seit dreißig Jahren Partner der Agentur Zeitempiegel, Buchautor und Dokumentarfilmer. Sein Beitrag über ROBIN WOOD erscheint demnächst in einem Sonderheft der Zeitschrift NATUR.

Foto: H. Kröger

einer Dreizimmerwohnung hatte und unterm Winddruck kaum zu bändigen war. Deshalb war nur noch der Schriftzug ROBIN WOOD zu entziffern. Wie ich später erfuhr, stand auch noch „Rettet den Wald“, „Stoppt den sauren Regen“ und „Schützt den Michel“ drauf, aber das wurde in hundert Meter Höhe vom Winde verweht. Fand ich verwegen, aber in Kurzform genau die Schweinereien, gegen die ich antreten wollte.

? Die Forderung, den Wald zu retten, lag auf der Hand, aber wieso auf dem Michel?

! Der bröckelte an allen Ecken und Kanten, weil saurer Regen an ihm nagte und nicht nur an ihm. Wir haben heute fast vergessen, dass die Städte in den achtziger Jahren stinkende Rußhöhlen waren. Ob Kirche, Rathaus oder Wohnblock – die Fassaden starren vor teerschwartzem Dreck. Das waren aber nur äußere Zeichen einer Verseuchung durch Abgase, die unter die Haut gingen: Eine der häufigsten Kinderkrankheiten war Pseudo-Krupp, ein Stickhusten, an dem viele Babys und Kleinkinder gestorben sind.

? Zumindest die Fassaden sehen heute sauberer aus. Ein Erfolg der Umweltbewegung?

! Mit Sicherheit! Es gab damals weder eine Katalysatorpflicht für Autos, noch irgendwelche Filter gegen toxische Emissionen aus Kraftwerken und Fabriken. Zum Himmel stanken auch die Flüsse, die waren zu Abwasserkanälen der Industrie und der Kommunen verkommen. Besonders übel stand es um die Elbe, in die zwei Drittel aller Städte und Fabriken der DDR ihre Abfälle abkippten. Was in Hamburg ankam, war eine Chemiebrühe, die mit kommunalem und industriellem Abwasserdreck der Stadt noch einmal angereichert wurde. Da hat sich einiges grundlegend geändert. Eigentlich eine sträfliche Unterlassungssünde, dass die Umweltbewegung nie so richtig deutlich gemacht hat, was sie erreicht hat.

? Zu dem Erreichten zählt auch, dass das Kohlekraftwerk Wedel umgerüstet

wurde, nicht zuletzt, weil ROBIN WOOD den Betreibern aufs Dach gestiegen war. Wie hat Eure Aktionsgruppe das damals hingekriegt? Gab es den einen großen Zampano?

! Eher nicht, denn Personenkult lag den Robins und Robinas schon damals fern. Viele von ihnen hatten bei Greenpeace schlechte Erfahrungen mit hierarchischen Strukturen gemacht, allen voran Anne und Klaus Scheerer, Mitbegründer von ROBIN WOOD. Die hatten eine Organisation im Blick, die Aktionen nicht von oben herab diktierte. Also eine Graswurzelbewegung, in der basisdemokratisch geplant, entschieden und agiert wurde. Dieser Schulterchluss von Gleichgesinnten und Gleichberechtigten hat mich von Anfang an eingefangen.

? So war es dann wohl auch bei der Aktion in Wedel, bei der du zum ersten Mal dabei warst ...

! ... und zum ersten Mal das erhebende Gefühl spürte, dass hundert Meter unter uns der Werkschutz vor Wut im Viereck sprang. Das passierte

vor allem, als wir uns ein zweites Mal einschlichen und zwischen beiden Schloten unser Transparent spannten. War nicht so einfach, weil die Werksleitung die Steighaken auf den ersten fünf Metern abmontiert hatte.

? Wie habt ihr's denn trotzdem geschafft, da rauf zu kommen?

! Mit Hilfe meiner Gartenleiter und unserem Vorturner Wolle. Der kam überall rauf und wir bei ihm im Schlepptau.

? Wenn ich das Buch über ROBIN WOOD durchblättere, das du mit Volker Lange herausgegeben hast, staune ich über die vielen Aktionen, die ihr allein in den frühen achtziger Jahren auf die Beine gestellt habt: Schornsteinbesetzungen in Frimmersdorf und Buschhaus, Sitzblockaden vor dem Chemiewerk Böhlinger und Atomkraftwerken wie Krümmel, Aktionen gegen den ADAC und auf den Zinnen von Neuschwanstein und vieles mehr. Welche Erfahrung aus dieser Zeit ist hängengeblieben und hat dich geprägt?

! Für mich war es eine abenteuerliche Zeit. Als Journalist schreibst du dir die

Ein dreckiger Dauerbrenner: Das Kohlekraftwerk Wedel

„Heute morgen um 3:00 Uhr haben zehn Mitglieder der Umweltschutzorganisation ROBIN WOOD die beiden 150 m hohen Schornsteine des Kohlekraftwerks Hamburg-Wedel bestiegen.“ Das meldete die Hamburger ROBIN WOOD-Pressestelle am frühen Morgen des 24. Mai 1984. Die damalige Pressemitteilung umfasste sechs dicht beschriebene Schreibmaschinenseiten.

„Die Aktion“, heißt es darin, „soll die Entscheidung über die Zukunft dieses Werkes zugunsten von Menschen und Umwelt beeinflussen. Das Kraftwerk Wedel ist noch immer der größte Schadstoffemittent aller Kohlekraftwerke der Hamburgischen Elektrizitäts-Werke (HEW). Etwa hundert Quadratmeter große Transparente an den Schornsteinen des Kraftwerks drücken die wichtigsten Forderungen der Umweltschützer aus: ‚Kein Brokdorf‘ und ‚Entschwefelt Wedel‘.“

Von den HEW in den 1960er Jahren gebaut, diente das Kraftwerk Wedel bis 1987 ausschließlich der Stromproduktion. Nach Protesten – insbesondere von ROBIN WOOD – wurden eine Rauchgasentschwefelungs- sowie eine Entstickungsanlage eingebaut. Zudem wurden zwei Kraftwerksblöcke so umgebaut, dass das Kraftwerk auch für die Wärmeerzeugung eingesetzt werden kann.

Die Betriebsdauer des Heizkraftwerks an der Elbe wurde immer wieder verlängert. Zurzeit ist geplant, dass es 2025 vom Netz geht. Seit vergangenem Jahr gehört die Anlage – als Folge des gewonnenen Volksentscheids zur Rekommunalisierung der Energienetze in Hamburg – der Wärme Hamburg GmbH, die im Besitz der Stadt Hamburg ist.

Besonders in der Kritik steht das Kraftwerk wegen klimaschädlicher Emissionen – und weil es Flugasche ausstößt. Eine chemische Analyse der Partikel zeigte auffällige Gehalte an Arsen und Nickel, die in Verbindung mit Wasser eine starke Säure bilden.

Finger wund und weißt nie, was davon ankommt und ob du etwas bewirkst. Umso befreiender war die Erfahrung, dass man mit Aktionen direkten Druck ausübt und hinterher ein konkretes Ergebnis hat. Die Tat ist viel stärker als die Theorie.

Hinzu kam das Erlebnis, in einer Gemeinschaft aufgehoben zu sein. Allerdings war ich damals mit Anfang

vierzig schon älter als die meisten anderen Aktiven, die eher um die zwanzig waren. Das ist bis heute wohl auch so geblieben: ROBIN WOOD ist eine sich ewig verjüngende Organisation – sicher eines ihrer reizvollsten Momente.

? In den Achtzigern sind viele soziale Initiativen entstanden. Ist heute wieder so eine Zeit, in der richtig was geht?

! Natürlich wärmt mir die Fridays for Future-Bewegung das Herz, ebenso wenn ich sehe, wie ROBIN WOODs gegen Stuttgart 21 oder im Hambacher Forst aktiv sind.

Vielleicht waren wir damals einen Tick frecher als heute die Generation meiner Enkel. Das lag vielleicht auch noch an den Erfahrungen der Studentenunruhen von 1968.

Also, ein bisschen unartiger wünsche ich mir meine Enkel schon! Schließlich geht es beim Klimaschutz um ihr Sein oder Nicht-Sein. Demos sind gut, aber Aktionen besser.

? Dein erstes Aktionsziel steht aktuell wieder in der Kritik: Aus den Schornsteinen des Kraftwerks regnet es arsenhaltige Flugasche. Zeit für eine dritte Aktion?

! Immer wieder gern, aber mit 83 Jahren sind mir natürliche Grenzen gesetzt. Es sei denn, ihr installiert dort für mich einen Sessellift.

Das Gespräch führte Ute Bertrand, ROBIN WOOD-Pressesprecherin, ute.bertrand@robinwood.de

ROBIN WOOD-Aktionsgruppe Wedel: Erdmann Wingert ist der Dritte von links



Foto: Marilyn Stroux

„Morgen ist Nikolaustag. In unserer Küche stapeln sich Säcke, um den Tisch sitzen ROBIN WOODs. Manche mit Bart, manche ohne. Anne und ich sind die einzigen Frauen. Anne hat die Aktion, die in wenigen Stunden anlaufen soll, bis ins Letzte organisiert.

Eine Nikolausfeier soll es werden, doch eine von der besonderen Art. In den Segeltuchsäcken stecken keine Äpfel und Nüsse. Sie sind prall von Schnüren, warmen Unterhosen, Daunenjacken, Proviant und allerlei nützlichem Kleinkram, zum Beispiel Handwärmer samt Kohlestäben und Sturmfeuerzeuge.

Beschert wird Herr Oberlack, Direktor der HEW. Er erhält das Schwefelschwein des Monats. Damit die Feier nicht sang- und klanglos untergeht, werden sechs ROBIN WOODs auf die beiden Schornsteine des Kohlekraftwerks Wedel klettern und noch einmal klarstellen, dass hier die größte SO₂-Dreckschleuder Hamburgs steht.

Vor der Gartenpforte rollen ein paar Mann das große Transparent zusammen, das Baumkreuz, das zwischen die Schlotte gespannt werden soll, falls alles klappt. Ein argwöhnischer Nachbar, der seinen Bluthund zu später Stunde spazieren geführt hat, lauert

im Schatten seines Hauses. Wird er die Polizei rufen?

Es gibt Probleme mit den Walkie-Talkies, doch zur Not haben sie ja noch den Nummerncode für die Verständigung zwischen Bodenpersonal und Kletterern. Letzte Lagebesprechung. Wer tut was und wann tut er es. Das muss sitzen, die Komplikationen stellen sich erfahrungsgemäß von selber ein. Dann brechen sie auf. Die Aktion läuft.

Ich bleibe zurück. Sammle leere Teetassen ein, schaue überall nach, ob etwas liegengeblieben ist und setze mich schließlich an den Schreibtisch. Vor fünf Uhr früh ist kein Anruf zu erwarten. Meine Gefühle sind gemischt. Ich komme mir vor wie ein Mittelding aus Verschwörerin und Räuberbraut. Mein Mann ist wieder dabei.“

Helga Wingert schildert in dem Buch „ROBIN WOOD - Und vor uns sterben die Wälder“, wie die Aktion am Kohlekraftwerk in Hamburg-Wedel damals vorbereitet wurde. Das Buch hat Erdmann Wingert zusammen mit Volker Lange herausgegeben. Es erschien im April 1984 im Rowohlt-Verlag, zwei Jahre nach der Gründung von ROBIN WOOD.

Aktiv für die Umwelt

ROBIN WOOD-Aktivist*in in Norwegen



„Wir haben es satt!“, Berlin 18. Januar 2020



Kraftwerk Moabit, Berlin 28. November 2019

Foto: ROBIN WOOD

Aktiv werden? – ROBIN WOOD im Überblick

Darum geht's: Mit kreativen Aktionen und klaren Forderungen mischt sich ROBIN WOOD öffentlichkeitswirksam in politische Debatten ein und streitet für eine umweltverträgliche und sozial gerechte Gesellschaft. Die Kampagnen-Schwerpunkte von ROBIN WOOD liegen in den Bereichen Wald, Tropenwald, Klima, Energie und Mobilität. Organisation: Bundesweit organisieren sich ROBIN WOOD-Aktive in zahlreichen Regionalgruppen, siehe auch robinwood.de/Regionalgruppen: An Orten, an denen keine Gruppen bestehen, sind Neugründungen möglich. Die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg unterstützt die lokalen Gruppen bei fachlichen Fragen, Recherche, Aktionsvorbereitung

und Pressearbeit und übernimmt Verwaltungsaufgaben. Über die wichtigen Anliegen des Vereins entscheiden die ehrenamtlich Aktiven basisdemokratisch. Die themenspezifische Arbeit erfolgt überregional in Fachgruppen, unterstützt durch hauptamtliche Kräfte. Ziele, Inhalte und Forderungen der Aktivitäten im Fachgebiet werden dort diskutiert und im Konsens beschlossen.

Weitere Informationen über ROBIN WOOD gibt es im Internet unter robinwood.de. Kontakt: ROBIN WOOD-Bundesgeschäftsstelle, Bremer Str. 3, 21073 Hamburg, 040 3808920, info@robinwood.de



Foto: Daniel Häffner

Empfehlenswerte Ökostromanbieter müssen unabhängig sein, dürfen keine eigenen fossilen Kraftwerke oder Atomkraftwerke besitzen, nicht mit konventionellem Strom handeln und auch nicht mit einem Unternehmen verbunden sein, das dies tut

Ökostrom ist nicht gleich Ökostrom

Der Ökostrommarkt wächst. Ob der Bezug von Ökostrom aber tatsächlich die Energiewende unterstützt, hängt stark vom Anbieter ab.

Immer mehr Kund*innen in Deutschland entscheiden sich für Ökostrom: Innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich die Nachfrage versechsfacht. Mittlerweile werden fast 15 % des hierzulande an Haushalte gelieferten Stroms über Ökostromtarife verkauft, d. h. über den sogenannten freiwilligen Ökostrommarkt. Damit geht eine deutlich gestiegene Zahl von Ökostromangeboten einher. Laut Marktanalyse des Umweltbundesamts konnten sich die Kund*innen 2017 zwischen 1157 Ökostromprodukten von 921 verschiedenen Anbietern entscheiden.

Was ist Ökostrom?

Aber was ist ein Ökostromprodukt überhaupt? Und was bedeutet der Bezug eines Ökostromtarifs für die Energiewende? Strom ist ein besonderes Produkt. Er lässt sich nicht auf Lkw laden und über das Straßennetz von A nach B schicken und ist auch nur bedingt lagerfähig. Strom kann von einem Windkraftwerk an der Küste über das Stromnetz nicht gezielt zu einem Kunden z. B. in Nordrhein-Westfalen geschickt werden. Strom sucht sich stattdessen immer den kürzesten bzw. widerstandsärmsten Weg.

Das veranschaulicht das oft verwendete Bild vom Stromsee: Alle Stromproduzent*innen speisen ihre Energie in einen „Stromsee“, aus dem alle Kund*innen beliefert werden. Welcher Strom in welcher Steckdose landet, lässt sich nicht steuern. Die Kund*innen können jedoch durch die Wahl ihres Anbieters bzw. eines Stromprodukts Einfluss darauf nehmen, welche Produzent*innen ihr Geld bekommen.

Um die Einspeisung von Ökostrom transparenter und besser regulierbar zu gestalten, hat die EU das System der **Herkunftsnachweise (HKN)** eingeführt. Für jede in der EU produzierte Kilowattstunde erneuerbaren Stroms entsteht prinzipiell die Pflicht eines HKN. Dieser bescheinigt, dass der Strom grün ist, und kann getrennt vom physikalisch produzierten Strom gehandelt werden.

Um Strom als Ökostrom bewerben und verkaufen zu dürfen, muss ein Stromanbieter sicherstellen, dass jeweils die der Strommenge entsprechende Anzahl HKN entwertet wird. Dafür kann er den Strom samt HKN beim selben Kraftwerk einkaufen oder aber beide aus unterschiedlichen Quellen beziehen. HKN von Anlagen, die den Kriterien der Öko-

stromsiegel entsprechen (z. B. maximal sechs Jahre alt, keine Verbindung mit der Atomwirtschaft), sind teurer als andere. Die Möglichkeit, HKN getrennt zu handeln, ermöglicht es Stromanbietern, konventionellen Strom mithilfe zusätzlicher HKN „grünzuwaschen“. Ein Anbieter kann beispielsweise über die Strombörse einen Strom-Mix beziehen, der auch Kohle und Atom enthält („Graustrom“), die entsprechende Menge HKN kaufen – und den Strom anschließend über ein Ökostromangebot weiterverkaufen. Den wenigsten Kund*innen dieses Tarifs dürfte bewusst sein, dass ein Teil ihres Geldes an Kohle- und Atomunternehmen geht.

In Deutschland dürfen für den durch das EEG geförderten Strom keine HKN ausgestellt werden (das sogenannte Doppelvermarktungsverbot). Die Betreiberin einer Windkraftanlage muss sich entscheiden, ob sie sich ihren Strom über das EEG vergüten lässt und über die Strombörse verkauft oder für den von ihr produzierten Strom HKN bekommen und weiterverkaufen will.

Aktuell ist die Vergütung über das EEG in den allermeisten Fällen für die Anlagenbetreiber deutlich wirtschaftlicher, sodass sich nur wenige dafür entscheiden, auf die Förderung zu verzichten, und infolgedessen in Deutschland nur eine geringe Anzahl HKN ausgestellt wird. Wenn in den kommenden Jahren mehr Anlagen altersbedingt aus der EEG-Förderung ausscheiden, könnte sich diese Zahl erhöhen.

Während in Deutschland europaweit der meiste Strom über Ökostromprodukte verkauft wird, stammen die dafür notwendigen HKN zum allergrößten Teil aus dem europäischen Ausland (2017 wurden 86 Prozent der HKN importiert, hauptsächlich aus Norwegen, aber auch aus Frankreich, Österreich und Schweden). Auf dem europäischen Strommarkt gibt es einen Überschuss an HKN und sogar eine große Menge Strom, für den noch Nachweise ausgestellt werden können, aktuell aber nicht werden. Die gestiegene Nachfrage nach Ökostrom und damit nach HKN in Deutschland führt also nicht automatisch zum Ausbau der Erneuerbaren Energien in Europa.

Worauf kann ich achten?

Die ernüchternde Erkenntnis: Allein der Bezug von Strom, der durch Herkunftsnachweise gekennzeichnet ist, trägt nicht zu einer Energiewende auf deutscher oder europäischer Ebene bei. Trotzdem ist der Bezug von Ökostrom wichtig! Und einige wenige Faustregeln machen es auch Menschen, die nicht Strommarkt-Expert*innen sind, möglich, einen Ökostromtarif zu erkennen, der wirklich zur Energiewende beiträgt: Kein Geld für die fossile und atomare Energiewirtschaft! Der Bezug von Ökostrom sollte nicht zur Finanzierung von Atom-, Kohle- und Gasunternehmen beitragen.

Stattdessen sollte man Ökostrom von unabhängigen Ökostromanbietern beziehen. Das sind solche, die keine eigenen fossilen Kraftwerke oder Atomkraftwerke besitzen, nicht mit konventionellem Strom handeln und auch mit keinem

Unternehmen verbunden sind, das dies tut. Außerdem muss das ‚Grünwaschen‘ von fossilem Strom ausgeschlossen sein: Der Strom und die Herkunftsnachweise werden über feste Handelsverträge mit Erneuerbare-Energien-Kraftwerken bezogen; ein Bezug von der Strombörse ist ausgeschlossen.

Ökostrom-Anbieter müssten sich verpflichten, die Energiewende zu fördern

Da Herkunftsnachweise allein nicht zum Ausbau der Erneuerbaren Energien beitragen, sollte der Ökostromanbieter sich selbst verpflichten, die Energiewende zu fördern. Dies kann er tun, in dem er darauf Wert legt, möglichst viel Strom von jungen Anlagen zu beziehen. Damit kann der Neubau von Anlagen für Anlagenbauer lukrativer werden und potenziell zunehmen.

Außerdem sollte er einen Teil seiner Gewinne in die Förderung der Energiewende investieren. Eine ganze Reihe von Anbietern verpflichtet sich beispielsweise, einen festen Centbetrag pro verkaufter Kilowattstunde Strom in den Neubau von Erneuerbare-Energien-Anlagen, in Technologieförderung oder Bildungsarbeit zu investieren.

Diese Ansprüche an einen Ökostrom, der wirklich zur Energiewende beiträgt, bilden die Grundlage für die Kriterien unseres ROBIN WOOD-Ökostromreports. Unser Fazit: Es gibt nicht viele Ökostromanbieter, die ihnen gerecht werden, aber es gibt sie. **Zehn der mehr als 1200 untersuchten Ökostromanbieter kann ROBIN WOOD Ihnen uneingeschränkt empfehlen. Auf unserer Homepage und in der Heftmitte dieses Magazins finden Sie ihre Porträts. Viel Spaß beim Wechseln!**

Ronja Heise, ROBIN WOOD-Energiereferentin, Hamburg

ROBIN WOOD auf dem Brandenburger Tor:
Die Zukunft ist Erneuerbar



Jetzt wechseln!

**ÖKOSTROM-
REPORT
2020**

ROBIN WOOD

Zu Ökostrom wechseln

Keine Lust mehr auf Atom und Kohle? Kaum etwas ist so einfach wie der Wechsel zu Ökostrom, um die Energiewende zu fördern. Aber aufgepasst: Nicht jeder Ökostrom-Vertrag bietet einen wirklichen Nutzen für Umwelt und Klima! Zehn von über 1.200 überprüften Anbietern sind nach den ROBIN WOOD-Ökostromkriterien empfehlenswert.

Ein verschleppter Kohleausstieg, weiter laufende Atomanlagen und ausgebremste Erneuerbare Energien – immer mehr Menschen wollen das nicht länger hinnehmen. Das zeigt sich an den beeindruckenden Klimaprotesten der letzten Monate, aber auch an dem stetig wachsenden Ökostrommarkt. Immer mehr Menschen wechseln zu Ökostromtarifen, um damit die Energiewende zu fördern – und immer mehr Ökostromprodukte stehen ihnen zur Auswahl. Schon 2017 gab es 1.157 Ökostromprodukte von 921 verschiedenen Anbietern.

Doch nicht überall, wo „Ökostrom“ drauf steht, gibt es auch tatsächlich einen Nutzen für Umwelt und Klima. Viele der Ökostromtarife stammen von Anbietern mit direkten oder indirekten Verbindungen zur Kohle- und Atomindustrie. Häufig wird Strom von alten Wasserkraftanlagen bezogen, ohne dass in den weiteren Ausbau Erneuerbarer Energien investiert wird.

Für uns heißt Ökostrom: Kein Geld an Kohle und Atomkonzerne – auch nicht indirekt – und zusätzliche Investitionen in den Ausbau der Energiewende. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Bezug von Ökostrom zur Wende hin zu Erneuerbaren Energien beiträgt. Es kommt daher darauf an, die Spreu vom Weizen zu trennen – und genau auszuwählen, zu welchem Ökostromangebot gewechselt wird.

Mit dem aktuellen ROBIN WOOD-Ökostromreport wollen wir Verbraucher*innen dabei eine Hilfestellung geben. Mit Unterstützung der Open Knowledge Foundation haben wir die aktuell verfügbaren Ökostromtarife recherchiert – und anschließend anhand unserer Kriterien bewertet.

Zehn Anbieter können wir uneingeschränkt empfehlen – wir wünschen viel Spaß beim Wechseln!

Unsere Kriterien

1. 100 Prozent Ökostrom

Der Anbieter verkauft ausschließlich Strom aus Erneuerbaren Energiequellen. Der Strom wird über direkte Lieferverträge mit Erzeugerkraftwerken bzw. über Zwischenhändler mit direkten Lieferverträgen bezogen.

2. Unabhängigkeit

Es gibt keine direkte eigentumsrechtliche Verflechtung des Anbieters mit einem Konzern, der Atom- oder Kohlekraftwerke betreibt oder mit Strom aus diesen Quellen handelt.

3. Zusätzlichkeit

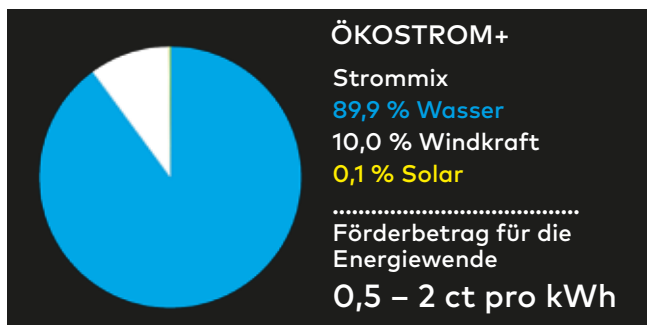
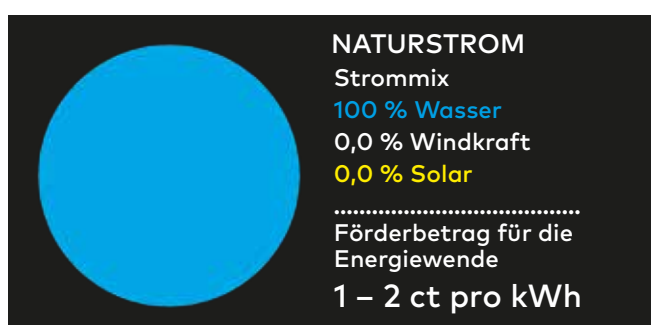
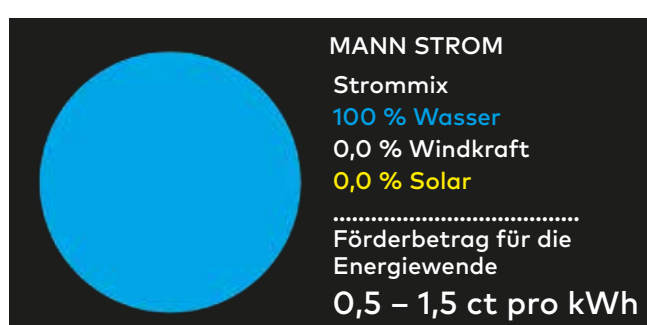
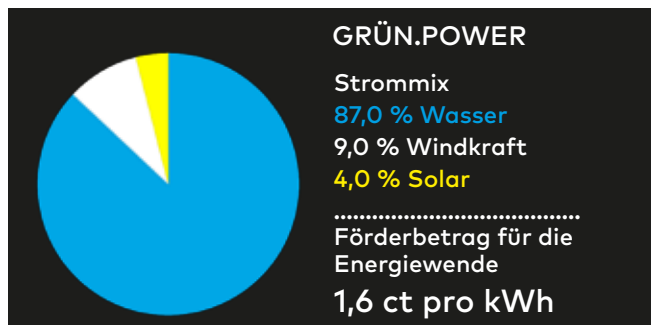
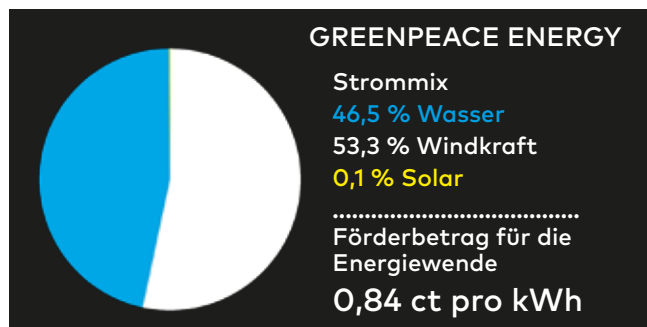
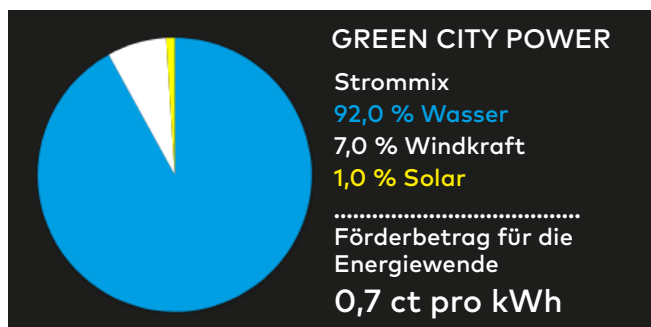
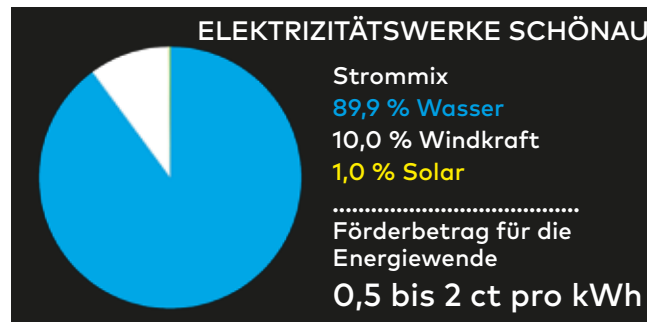
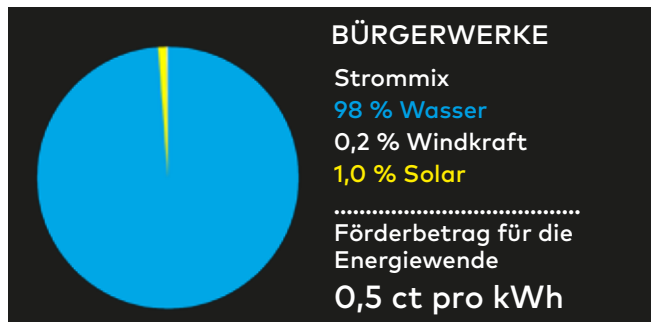
Der Anbieter fördert die Energiewende durch den Bezug von Strom aus Neuanlagen und/oder feste Investitionsprogramme. Das heißt: mindestens 33 % der genutzten installierten Leistung stammt aus Anlagen, die nicht älter als zehn Jahre sind und/oder die Energiewende wird mit einem festen Förderbetrag von mind. 0,5 ct pro kWh (im Durchschnitt der Tarife) gefördert.

4. Kein Geld für Kohle und Atom

Der Anbieter bezieht Strom von Erzeugungsanlagen, die allenfalls geringfügige Verflechtungen mit Kohle- oder Atomkonzernen aufweisen. Neuinvestitionen des Anlageneigentümers oder -betreibers in Kohle- und Atomkraftwerke sind nicht zulässig.

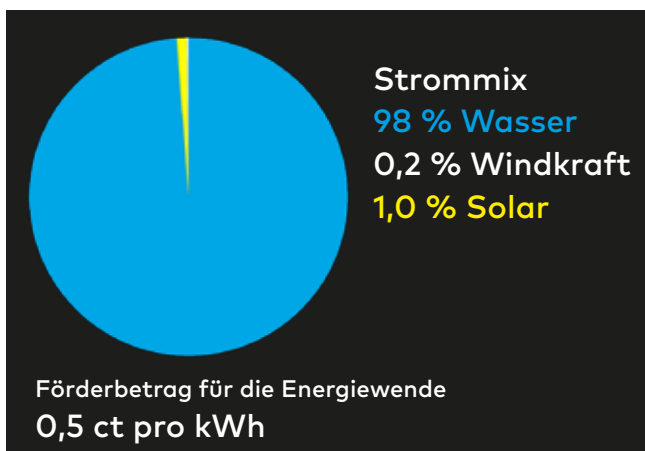
KEIN GELD FÜR KOHLE UND ATOM!

Empfohlene Ökostromanbieter



ÖKOSTROM-ANBIETER UNTER DIE LUPE GENOMMEN

Bürgerwerke



Seit 2013 am Markt funktioniert die Bürgerwerke-Genossenschaft nach einem anderen Modell als andere Ökostromanbieter. Über sie vertreiben derzeit 95 Energiegenossenschaften in ganz Deutschland gemeinsam Strom und Gas. Damit ist die Bürgerwerke eG der größte Zusammenschluss von Energiegenossenschaften in Deutschland. Neben dem gemeinsamen Energieangebot bietet sie ihren Mitgliedsgenossenschaften auch Weiterbildung und Erfahrungsaustausch.

Woher kommt der Strom der Bürgerwerke?

Der 2018 von den Bürgerwerken gelieferte Strom stammte zu 98,8 % aus einem bayerischen Laufwasserkraftwerk. Die verbleibenden 1,2 % kamen aus Solar- und Windkraftanlagen, die maximal zehn Jahre alt und im Besitz von Energiegenossenschaften sind. Das Laufwasserkraftwerk gehört zur Verbund AG.

Wie investieren die Bürgerwerke in die Energiewende?

Die Mitglieder bzw. Eigentümer der Bürgerwerke planen in ihrer jeweiligen Region Erneuerbare-Energien-Anlagen, bauen und betreiben sie. Derzeit ist die Dachgenossenschaft

Bürgerwerke eG nicht selbst in der Projektierung von Erneuerbare-Energien-Anlagen tätig. Im Preis für den Strom der Bürgerwerke ist ein Förderbetrag von netto 0,5 Cent pro Kilowattstunde (kWh) enthalten, den diese über ihre Mitgliedsgenossenschaften in die Energiewende investiert. Im Jahr 2018 wurden so rund 2 % des Umsatzes an die Mitgliedsgenossenschaften ausgeschüttet. Die durch die Belieferung von Stromkund*innen generierte Wertschöpfung nutzen die Energiegenossenschaften für die Initiierung und Planung neuer Anlagen in ihrer Region. In den letzten fünf Jahren wurden so rund 248 Anlagen mit einer installierten Leistung von ca. 107.000 Kilowatt Peak (kWp) errichtet. Die Mitgliedsgenossenschaften betreiben derzeit zusammengenommen über 450 Anlagen. Darüber hinaus fördern einzelne Energiegenossenschaften Aktivitäten im Bereich Technologie-Entwicklung (z. B. Sektorkopplung), Mieterstromprojekte sowie den Ausbau von E-Mobilität.

Das Unternehmen Bürgerwerke eG

Aktuell sind in der Geschäftsstelle der Bürgerwerke eG 16 Mitarbeiter*innen beschäftigt. In den Energiegenossenschaften engagieren sich mehrere Hundert Menschen, die meisten ehrenamtlich, manche hauptamtlich. Die Bürgerwerke eG ist eine Dachgenossenschaft von Bürgerenergiegesellschaften. Anteilseigner sind derzeit 95 Energiegenossenschaften. Damit befinden sich die Bürgerwerke im Besitz der über 15.000 Bürger*innen, die Mitglied in den Energiegenossenschaften sind. Während die Energiegenossenschaften für den Bau und den Betrieb der Anlagen zuständig sind, ist die Bürgerwerke eG für Energieeinkauf, Abrechnung und Kundenservice verantwortlich.

Das operative Geschäft wird von zwei Vorständen geleitet, die von sechs Aufsichtsräten und sechs Beiräten unterstützt werden. Finanziert wurde der Geschäftsaufbau durch die Mitgliedsgenossenschaften, die GLS-Bank, die „100 Prozent erneuerbar stiftung“ und Privatpersonen. Verbunden ist die Bürgerwerke eG mit der Genossenschaft der GLS-Bank.

Die Bürgerwerke haben 2018 einen Teil ihres Stroms von einem Kraftwerk der Verbund Innkraftwerke GmbH bezogen. Die Verbund AG als Muttergesellschaft ist mehrheitlich im Besitz der Republik Österreich und gewinnt 95 % ihres Stroms aus Wasserkraft, betreibt aber immer noch auch ein mit Steinkohle und Gas befeuertes Heizkraftwerk in Österreich. Dessen Stilllegung wurde 2014 beschlossen und ist für 2020 geplant. Durch den Strombezug aus Kraftwerken der Verbund AG verdient der Energiekonzern EnBW AG geringfügig am Strombezug mit, da dieser indirekt an der Verbund AG beteiligt ist. An der Kraftwerksbetreibergesellschaft Ver-

bund Innkraftwerke GmbH ist der EnBW ebenfalls indirekt beteiligt. Eine direkte Einflussnahme durch die EnBW AG auf die Verbund AG kann jedoch aufgrund des Umfangs der Beteiligungen ausgeschlossen werden.

Weitere Energieangebote

Neben Ökostrom bieten die Bürgerwerke ein Ökogasprodukt an. Das „BürgerÖkogas“ besteht wahlweise zu 5, 10 oder 100 % aus Biogas, das aus organischen Reststoffen der Zuckerrüben-Verarbeitung gewonnen wird.

Elektrizitätswerke Schönau



Die Genossenschaft Elektrizitätswerke Schönau (EWS) ist direkt aus der Anti-Atom-Bewegung hervorgegangen. Nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl gründete sich 1986 in Schönau eine Initiative, die sich für den Ausstieg aus der Atomenergie einsetzte. Sie veranstaltete Stromsparwettbewerbe, reaktivierte Wasserkraftwerke und finanzierte Blockheizkraftwerke. Nach jahrelangem Kampf gegen den regionalen Energieversorger gelang es den Bürger*innen 1997, die Stromkonzession für die Stadt Schönau zu erhalten und selbst zu einem Energieversorgungsunternehmen zu werden.

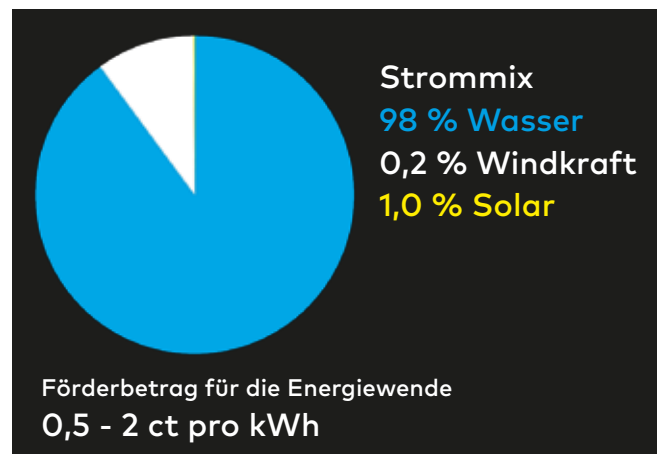
Woher kommt der Strom der EWS

Der von den Elektrizitätswerken Schönau angebotene Strom bestand 2018 zu 89,9% aus Wasserkraft-, zu 10% aus Windkraft- und zu 0,1% aus Solarenergie. Die EWS bezogen ihren Strom 2018 von 69 Anlagen, die fast alle im europäischen Ausland stehen. Die meisten sind Wasserkraftanlagen in Norwegen, die in kommunaler oder staatlicher Hand liegen. 2018 stammten 72 % des Stroms aus Neuanlagen, die maximal sechs Jahre alt sind. 17,2 % der Anlagen sind älter als 21 Jahre.

Wie investieren EWS in die Energiewende?

Im Strompreis der EWS ist ein Betrag von netto 0,5 Cent pro Kilowattstunde (kWh) als Förderanteil enthalten, der von den Kund*innen auch auf 1 oder 2 Cent pro kWh erhöht werden kann. Den Großteil dieses Geldes nutzen die EWS zur Durchführung und Unterstützung von Technologieentwicklung sowie Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Energiewende. Mit etwa einem Drittel des Förderbetrags unterstützen die EWS neue Anlagen von Energiegenossenschaften und Privatkund*innen.

Darüber hinaus fördern die EWS Forschungsprojekte (z. B. zum Thema Batteriespeicher), den Ausbau von Mieterstrom und mehrere Erneuerbare-Energien-Projekte im Globalen Süden. Zudem initiieren und planen die EWS eigene Anla-



gen. Zwischen 2014 und 2019 waren dies vier Solaranlagen mit einer Gesamtleistung von 3510 kW und fünf Windkraftanlagen mit zusammen 15.000 kW.

Das Unternehmen Elektrizitätswerke Schönau

Aktuell beschäftigen die EWS 165 Mitarbeiter*innen. Das Unternehmen versorgte 2019 bundesweit 210.000 Privat- und 4700 Geschäftskund*innen mit Strom.

Die Genossenschaft Elektrizitätswerke Schönau EWS hat derzeit über 7700 Mitglieder in ganz Deutschland. Alle Genossenschaftsanteile werden von Privatpersonen gehalten (es gibt keine institutionellen Mitglieder). Die eG wird von drei Vorständen vertreten: Armin Komenda, Alexander Sladek und Sebastian Sladek. Ein Aufsichtsrat überwacht die Einhaltung der Leitlinien und Zielsetzungen und kontrolliert die operativen Gesellschaften der EWS.

Die eG hat drei Tochtergesellschaften, die sich zu 100 % in ihrem Besitz befinden: die EWS Netze GmbH, die EWS Energie GmbH und die EWS Vertriebs GmbH. Außerdem sind die EWS 96 %ige Anteilseignerin der Windpark Rohrenkopf GmbH; mit 4 % ist der Projektierer Enerkraft beteiligt.

Zudem hält die eG Beteiligungen an mehreren Unternehmen. Als einzige Anteilseignerin neben Städten und lokalen

Bürgerenergie-Genossenschaften sind die EWS beteiligt an der Stadtwerke Stuttgart Vertriebsgesellschaft mbH (mit 40 %; die EWS eG ist zu 100 % im Besitz der Stadt Stuttgart), der Energieversorgung Titisee-Neustadt (mit 30 %) und dem Wasserkraftwerk Köhlgartenwiese (zu 35 %). Außerdem halten die EWS Anteile am Messstellenbetreiber EE Infratec GmbH (zu 50 %). Weitere Beteiligungen von unter 20 % haben die EWS an zahlreichen Genossenschaften und Bürgergesellschaften mit nachhaltiger Unternehmensausrichtung, wie der GLS Gemeinschaftsbank eG, der EnergieNetz Hamburg eG oder der BürgerEnergie Berlin eG.

An 19 der 69 Anlagen, von denen die EWS 2018 Strom bezogen haben, ist der norwegische staatliche Energieversorger Statkraft indirekt beteiligt. So bekamen die EWS Strom von sieben Kraftwerken der norwegischen Agder Energie AG, die zu 54,5 % norwegischen Kommunen und zu 45,5 % Statkraft gehört. Drei Kraftwerke werden von der BKK Produksjon AS betrieben, die zu 49,9 % im Besitz der Statkraft Industrial Holding ist (50,1 % werden von norwegischen Kommunen gehalten). An mehreren weiteren Anlagenbetreibern sind Unternehmen beteiligt, die wiederum zur Statkraft-Gruppe gehören. Statkraft produziert hauptsächlich Strom aus Wasserkraft, betreibt aber auch Windenergie-, Gaskraft-

und Fotovoltaikanlagen. Statkraft hat vier Gaskraftwerke in Deutschland und hält Anteile an zwei weiteren Anlagen in Deutschland und Norwegen. Außerdem unterhält es 20 Fernwärmekraftwerke, die überwiegend mit Gas, z. T. aber auch mit Biomasse und Öl betrieben werden.

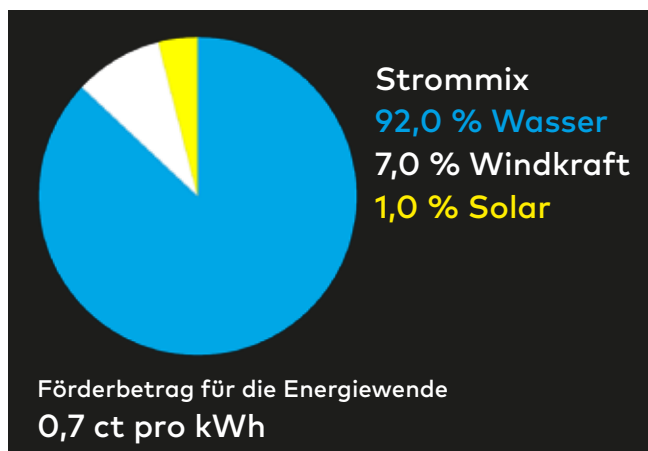
Die EWS versorgen die Stadtwerke Gengenbach und den Stromanbieter „Strom von Föhr“ mit Strom und unterstützen die Stadtwerke Stuttgart, die Energieversorgung Titisee-Neustadt und das Kraftwerk Köhlgartenwiese mit Dienstleistungen wie Strombeschaffung oder -abrechnung.

Weitere Energieangebote

Die EWS bieten drei Gastarife an, von denen zwei einen Biogasanteil haben, der eine von 10 %, der andere von 100 %. Das Biogas wird aus Reststoffen gewonnen, die beim Recyceln von Altpapier anfallen. Auf Biogas aus Gülle oder Mais wird verzichtet. In allen drei Gastarifen ist ein Förderbetrag von netto 0,01 Cent pro kWh enthalten.

Ab 2020 wollen die EWS die Emissionen ihrer Erdgaslieferungen ausgleichen. Das angebotene Erdgas wird über eine Einkaufsgemeinschaft mit anderen Stadtwerken bezogen, weshalb eine Zuordnung zu konkreten Lieferanten nicht möglich ist.

Green City Power



Die Green City Power GmbH hat im Frühjahr 2017 die Belieferung von Privat- und Gewerbekund*innen deutschlandweit aufgenommen. Sie ist Tochter der Green City AG, die mit ihren Tochtergesellschaften außerdem im Bereich der Projektierung von erneuerbaren Kraftwerken und der Entwicklung von Elektromobilität tätig ist. Darüber hinaus führt sie Beratungs- und Beteiligungsprozesse zum Thema Stadtplanung durch und bietet Kapitalanlagen in eigene Projekte und Aktien der Green City AG an. Hinter der Green City AG steht als Hauptaktionär der gemeinnützige Verein Green City e.V.

Der Münchener Verein Green City e. V. wurde 1990 unter dem Namen ‚München 2000Autofrei‘ gegründet. Neun Jahre später realisierte der Verein seine erste Bürgerbeteiligungs-Solaranlage auf Münchener Dächern – mit 225,8 kWp der damals weltweit größte Bürgersolarpark. 2005 wurde die Tochtergesellschaft Green City Energy gmbH gegründet, aus der die GreenCity AG entstand, die schrittweise in andere Geschäftsbereiche expandierte.

Woher kommt der Strom von Green City Power?

Der Strom-Mix von Green City Power setzte sich im Jahr 2018 wie folgt zusammen: 92 % stammten aus Laufwasserkraftwerken, 7 % aus Windkraftanlagen und 1 % aus Fotovoltaikanlagen. Im Jahr 2018 bezog Green City Power Strom von 10 Kraftwerken in Deutschland, darunter 5 Wind- und Solaranlagen. Der Strombezug aus Anlagen mit einem Anlagenalter von maximal zehn Jahren lag 2018 bei 17,4%. 82,6% wurde aus Anlagen bezogen, die 21 Jahre oder älter sind.

Wie investiert Green City in die Energiewende?

Die von Green City Power in die Realisierung von Neuanlagen investierten Mittel betragen ca. 3 % des Umsatzes (Bezugsjahr 2018), entsprechen ca. 0,7 Cent kWh. Green City investiert in den Ausbau der Erneuerbaren Energien in

Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien. So wurden insgesamt 350 Energieanlagen (Solar, Wind, Wasser, Biogas) mit einer Gesamtleistung von 244 Megawatt ans Netz gebracht. Die Green City Power GmbH hat seit 2018 verschiedene Mieterstromprojekte realisiert und im Januar 2020 in München die erste öffentliche Ladesäule in Betrieb genommen. Mit den Tarifen Green City Power2Drive und Green City Power2Heat werden Elektromobilitäts- und Wärmepumpentarife angeboten.

Das Unternehmen Green City Power

Rund 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten derzeit für die Green City AG an den Standorten München und Toulouse. Die Green City Power GmbH ist als Stromlieferant für private und gewerbliche Endkund*innen sowie als Projektierer von Mieterstromprojekten und Ladeinfrastruktur Teil dieser Gruppe. Geschäftsführer der Green City Power GmbH sind Jens Mühlhaus und Michael Renninger.

Die Muttergesellschaft, die Green City AG, ist mehrheitlich im Besitz des gemeinnützigen Münchener Vereins „Green City e.V.“ (53,6% der Anteile). 12,6 % der Anteile werden von Mitarbeiter*innen der GreenCity AG gehalten. Die restlichen 33,8% befinden sich im Streubesitz. Die Aktien sind nicht an der Börse notiert und sind über die Handelsplattform der Green City AG handelbar. Neben der Green City Power gibt

es vier weitere Geschäftsbereiche der Green City AG: Green City Renewables, Green City Finance, Green City Drive und Green City Experience. Diese bieten verschiedene Dienstleistungen rund um die Planung, Realisierung, Finanzierung und den Betrieb von Erneuerbare Energien-Anlagen an, entwickeln Mobilitätskonzepte und führen Beratungs- und Beteiligungsprozesse durch.

Kooperationen: Im Rahmen eines Joint-Ventures hat Green City mit der Emmy Green City GmbH 400 E-Roller finanziert, die in München zum Verleih stehen.

Der Wasserkraftanteil des 2018 von Green City Power bezogenen Stroms, stammte aus Laufwasserkraftwerken der Verbund Innkraftwerke GmbH. Die Verbund AG als Muttergesellschaft ist mehrheitlich im Besitz der Republik Österreich und gewinnt 95 % ihres Stroms aus Wasserkraft, betreibt aber aktuell immer noch auch ein mit Steinkohle und Gas befeuertes Heizkraftwerk in Österreich. Durch den Strombezug aus Kraftwerken der Verbund AG verdient außerdem der Energiekonzern EnBW AG geringfügig am Strombezug mit, da er indirekt an der Verbund AG beteiligt ist.

Außerdem ist der EnBW an der Kraftwerksbetreibergesellschaft Verbund Innkraftwerke GmbH indirekt beteiligt. Eine direkte Einflussnahme durch EnBW auf Verbund kann jedoch aufgrund des Umfangs der Beteiligungen ausgeschlossen werden.

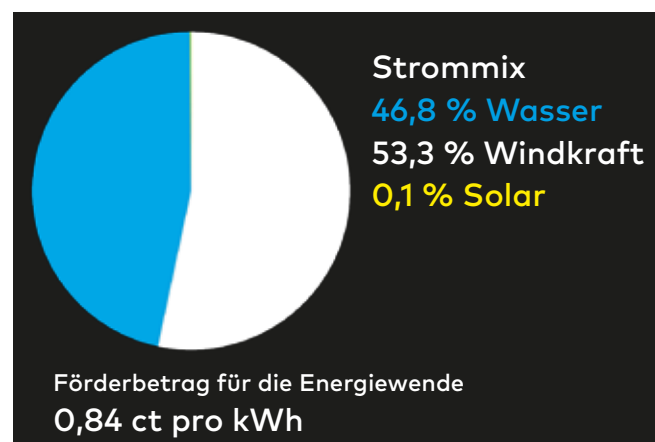
Greenpeace Energy



Greenpeace Energy ist ein genossenschaftlich organisierter Energieversorger, der Ende der 1990er Jahre aus einer Kampagne von Greenpeace e. V. hervorging. Im Zuge der Liberalisierung des Strommarktes – der freien Wahl des Stromanbieters – startete Greenpeace die „Aktion Stromwechsel“, bei der Verbraucher*innen angeben konnten, ob sie bereit sind, auf Ökostrom umzusteigen. Ziel war es u. a. dem Argument entgegenzutreten, für Strom aus Erneuerbaren Energien gebe es „keinen Markt“. Die Resonanz auf den Appell von Greenpeace zum Stromwechsel zeigte, dass bei Verbraucher*innen durchaus ein Interesse an erneuerbarem Strom bestand. Da sich zu diesem Zeitpunkt kein Stromanbieter finden ließ, der die von Greenpeace aufgestellten „Kriterien für sauberen Strom“ erfüllen konnte, gründete man die Greenpeace Energy eG, die heute rund 170.000 Strom- und Gaskund*innen mit Ökostrom versorgt und bis heute nach den strengen „Kriterien für sauberen Strom“ von Greenpeace e. V. wirtschaftet.

Woher kommt der Strom von Greenpeace Energy?

Der Strom-Mix von Greenpeace Energy eG setzte sich im Jahr 2018 aus folgenden Energieträgern zusammen: 46,53 %



Wasserkraft, 53,34 % Windkraft und 0,13% Solarenergie. 2018 bezog Greenpeace Energy von 66 Kraftwerken Strom, darunter 33 Wasser- und 30 Windkraftwerke in Österreich und Deutschland sowie zwei Fotovoltaikanlagen in Deutschland. Dabei stammten 6,39 % des Stroms aus Kraftwerken, die maximal zehn Jahre alt sind, und 34,22 % aus Anlagen, die 21 Jahre und älter sind.

Wie investiert das Unternehmen in die Energiewende?

Beim „Solarstrom Plus Tarif“ von Greenpeace Energy enthält der Strompreis einen Förderbetrag von 0,84 Cent pro Kilowattstunde (kWh), der z. B. für die Initiierung und den Bau neuer regenerativer Energieanlagen, zur Förderung neuer Technologien oder zur Finanzierung von Studien oder Kulturveranstaltungen verwendet wird. Greenpeace Energy investiert außerdem in den Bau neuer Kraftwerke und betreibt eigene Kraftwerke. Zur Förderung der dezentralen Energiewende hat Greenpeace Energy neben den normalen Stromtarifen auch Mieterstrom- und Wärmepumpentarife im Angebot. Darüber hinaus arbeitet Greenpeace Energy in politischen (Fach-)Gremien und Verbänden mit und gibt wissenschaftliche Studien in Auftrag.

Das Unternehmen Greenpeace Energy

Greenpeace Energy eG wurde 1999 als Genossenschaft gegründet und ist im Besitz von 25.048 Genossenschaftsmitgliedern (Stand: Ende 2018). Der Energieversorger beschäftigt zurzeit 115 Mitarbeiter*innen. Über die 100 %ige Tochtergesellschaft Planet energy GmbH sowie deren Projektgesellschaften und Betreibergesellschaften, baut und betreibt Greenpeace Energy eG saubere Kraftwerke. Die Kraftwerke werden über Bürgerbeteiligungen sowie von institutionellen Investoren und Greenpeace Energy als Eigenkapitalgeber finanziert. Die Projekt- und Betreibergesellschaften sind Tochtergesellschaften der Planet energy GmbH, die zu diesem Zweck als GmbH & Co. KG gegründet werden.

Darüber hinaus hat Greenpeace Energy mehrere weitere Tochtergesellschaften. Von der Organisation Greenpeace e. V. ist die Genossenschaft Greenpeace Energy rechtlich und

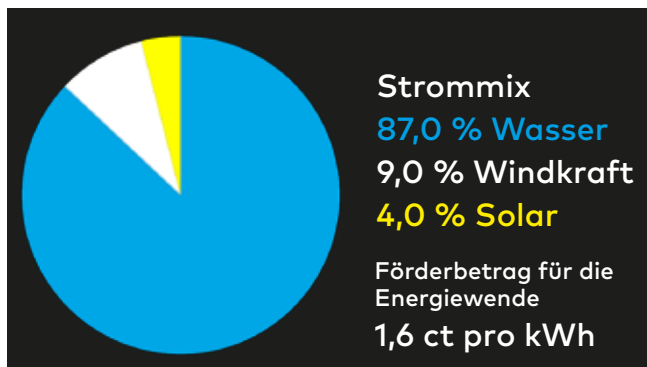
finanziell unabhängig. Bedingung für die Verwendung des Namens „Greenpeace“ ist die Einhaltung der „Greenpeace-Kriterien für sauberen Strom“, die von Greenpeace e. V. festgelegt und zuletzt 2017 überarbeitet wurden.

Greenpeace Energy bezog 2018 einen Teil des verkauften Stroms aus drei Kraftwerken der Verbund Trading GmbH. Die Verbund AG als Muttergesellschaft ist mehrheitlich im Besitz der Republik Österreich und gewinnt 95 % ihres Stroms aus Wasserkraft, betreibt aber aktuell immer noch auch ein mit Steinkohle und Gas befeuertes Heizkraftwerk in Österreich. Durch den Strombezug aus Kraftwerken der Verbund AG verdient der Energiekonzern EnBW AG geringfügig am Strombezug mit, da dieser indirekt an der Verbund AG beteiligt ist. Eine direkte Einflussnahme durch die EnBW AG auf die Verbund AG kann jedoch aufgrund des begrenzten Umfangs der Beteiligungen ausgeschlossen werden.

Weitere Energieangebote

Greenpeace Energy bietet auch den Bezug von Gas an. Über den Tarif „proWindgas“ erhalten die Kund*innen ein Erdgas-Ökogas-Gemisch. Die beigemischte Menge Ökogas (Wasserstoff) wurde seit 2015 von rund 653.000 kWh auf inzwischen rund 3.341.000 kWh erhöht, um die gestiegene Zahl von Kund*innen kontinuierlich mit einem Wasserstoffanteil von bis zu 1 % versorgen zu können. Dazu bezieht Greenpeace Energy inzwischen Windgas aus vier verschiedenen Elektrolyseuren, hat mit dem Stadtwerk Haßfurt einen eigenen Elektrolyseur in Betrieb genommen und baut derzeit einen zweiten, eigenen Elektrolyseur. Der Tarif „proWindgas“ enthält einen Förderbetrag von 0,34 Cent pro kWh, der z. B. zur Förderung der Windgastechologie verwendet wird. Der Lieferant des Erdgasanteils ist die Gelsenwasser AG.

grün.power



Grün.power GmbH ist ein bundesweiter Ökostromversorger mit Schwerpunkt im Bereich der regionalen Stromvermarktung. Seit 2013 versorgt grün.power Endkund*innen mit Strom aus Wind-, Wasser- und Solarenergie. Dabei bemüht

grün.pöwer

sich der Anbieter, Strom möglichst von Kraftwerken im direkten Umkreis größerer Kundengruppen zu beziehen. Grün.Power gehört zur in.power GmbH, die sich bereits seit 2006 der Direktvermarktung von Erneuerbaren Energien widmet und verschiedene Dienstleistungen in diesem Bereich anbietet (wie z. B. regionale Ökostrommodelle, Messstellenbetrieb).

Woher kommt der Strom von grün.power?

Der Strom-Mix von grün.power setzte sich im Jahr 2018 wie folgt zusammen: 87 % stammten aus Laufwasserkraftwerken, 9 % aus Windkraftanlagen und 4 % aus Fotovoltaikanlagen. Der Strombezug läuft bei grün.power über die sogenannte „sonstige Direktvermarktung“, ein Verfahren, bei dem eingekaufte Strommengen aus der Förderung genommen und somit direkt als Ökostrom (ohne Umweg

über die Strombörse) an Endkund*innen weitergegeben werden können. Im Jahr 2018 bezog grün.power Strom von 14 Kraftwerken in Deutschland, darunter überwiegend kleinere Wind- und Solaranlagen unabhängiger Projektierer und Betreiber oder Genossenschaften. Der Wasserkraftanteil stammte aus dem Laufwasserkraftwerk Töging am Inn der Verbund Innkraftwerke GmbH, das seit 1924 in Betrieb ist. Der Strombezug aus Anlagen mit einem Alter von maximal zehn Jahren lag 2018 bei 4,43 %, aus Anlagen, die 21 Jahre oder älter sind bei 86,74 %.

Wie investiert grün.power in die Energiewende?

Grün.power investiert derzeit ca. 3 bis 5 % seines Umsatzes in den Bau neuer Anlagen, was einem Betrag von ca. 1,6 Cent pro kWh entspricht. Grün.power und die Muttergesellschaft in.power beteiligen sich an verschiedenen Forschungs- und Entwicklungsprojekten. Ein zentrales Thema ist dabei die Angleichung von Energie-Erzeugung und Energie-Verbrauch. Hierzu hat in.power ein eigenes System entwickelt, das die Organisation und Bündelung dezentraler Erzeugungskapazitäten in einem virtuellen Kraftwerk ermöglicht. Darüber hinaus wurde in den letzten fünf Jahren auf dem Firmengelände eine PV-Anlage mit Speicher und Elektrotankstelle errichtet, die im kommenden Jahr auch erweitert

werden soll. Ein Schwerpunkt, der ab 2021 hinzukommen soll, ist der Weiterbetrieb von Erneuerbare-Energien-Anlagen nach Auslaufen der EEG-Förderung.

Das Unternehmen grün.power

Grün.power ist Teil der in.power-Gruppe, die zurzeit 15 Mitarbeiter*innen beschäftigt. Sowohl die in.power GmbH, als auch grün.power GmbH, sind inhabergeführt und haben je zwei geschäftsführende Gesellschafter, Darüber hinaus gibt es weitere, ebenfalls inhabergeführte Tochtergesellschaften, die verschiedene Dienstleistungen rund um die Direktvermarktung Erneuerbarer Energien anbieten. Gründer, Inhaber und Geschäftsführer von grün.power sind Josef Werum und Matthias Roth.

Grün.power bezieht z. T. Strom aus Wasserkraftwerken der Verbund AG, die auch ein Fernheizkraftwerk betreibt, bei dem Kohle und Gas zum Einsatz kommen. Durch den Strombezug aus Kraftwerken der Verbund AG verdient außerdem der Energiekonzern EnBW AG geringfügig am Strombezug mit, da er indirekt an der Verbund AG beteiligt ist. Außerdem ist der EnBW an der Kraftwerksbetreibergesellschaft Verbund Innkraftwerke GmbH indirekt beteiligt. Eine direkte Einflussnahme durch EnBW auf Verbund kann jedoch aufgrund des Umfangs der Beteiligungen ausgeschlossen werden.

MANN Strom

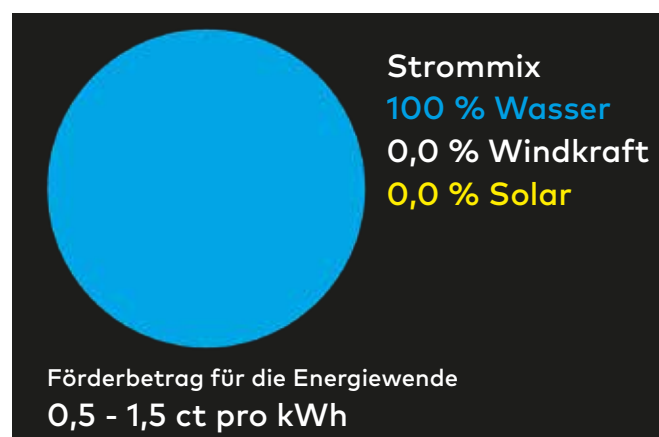
Das rheinland-pfälzische Unternehmen MANN Naturstrom GmbH & Co. KG wurde 1994 von Markus Mann gegründet, der 1991 mit der MANN Windenergie KG die erste kommerziell genutzte Windkraftanlage in Rheinland-Pfalz errichtet hatte. Während die Familie Mann zuvor insbesondere in der Logistik tätig war, ist sie heute an der Produktion und dem Aufbau von Erneuerbare-Energien-Anlagen beteiligt. Besonders im Fokus steht die Verbrennung von Holzpellets. 2010 begann eines ihrer Tochterunternehmen mit der Errichtung der größten Pellet-Zentralheizung Europas (außerhalb Skandinaviens), die heute in Betrieb ist.

Woher kommt der Strom von MANN Naturstrom?

Der von MANN angebotene Ökostrom stammte 2018 zu 100 % von Laufwasserkraftwerken in Österreich. Geliefert wurde er über Lieferverträge zwischen der Verbund AG (welche die Anlagen betreibt) und der Firma MANN; die Stadtwerke Schwäbisch Hall fungieren als Einkäufer.

MANN bezog 2018 Strom von drei Laufwasserkraftwerken der Verbund AG in Deutschland. Dabei gehören die Kraftwerke Freudenau (Baujahr 1998) und Ybbs-Persenbeug (Baujahr 1959) der Verbund Hydro Power GmbH und das Kraftwerk Töging (Baujahr 1924) der Verbund Innkraftwerke GmbH. Somit stammen 100 % des 2018 verkauften Stroms aus Kraftwerken, die älter als 21 Jahre sind.

MANN STROM



Wie investiert MANN in die Energiewende?

Mit ihren Stromkosten zahlen Privatkund*innen einen Förderbetrag von netto 1,5 Cent pro kWh, Geschäftskund*innen 0,5 Cent pro kWh. Diese Gelder fließen in Energiewendeprojekte wie beispielsweise PV-Anlagen, Speicher oder Autoladestationen.

2012 gründete Mann mit 86 Mitgliedern die Wäller Energiegenossenschaft eG. Nach mehrjähriger Planungszeit errichtete der Verein in unmittelbarer Nähe der Firma MANN eine 3,2-Megawatt-Windkraftanlage. Des Weiteren betreibt er eine PV-Anlage mit 99 Kilowatt Peak (kWp) auf einem Einkaufszentrum.

Das Unternehmen MANN Energie

MANN hat zehn Mitarbeiter*innen und liefert ca. 124 Gigawattstunden (GWh) an Privathaushalte und ca. 200 Gewerbekunden. Das Unternehmen ist eine GmbH. Über den Unternehmer Daniel Rahn ist MANN mit der Westerwälder Holzpellets GmbH verbunden.

MANN betreibt ein eigenes Netzwerk von Verwaltungsunternehmen, wie der MANN Naturenergie Verwaltungs GmbH und der Gebr. MANN Verwaltungs GmbH. MANN bezieht seinen Strom zu 100 % aus Kraftwerken der Verbund AG. Diese gewinnt 95 % ihres Stroms aus Wasserkraft, betreibt aber aktuell noch ein mit Steinkohle und Gas befeuetes

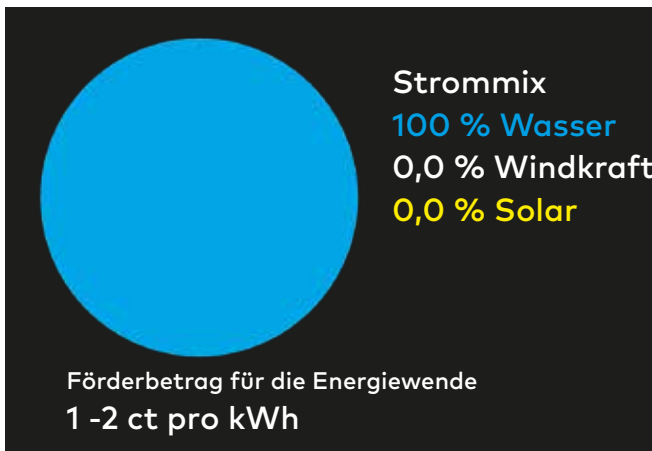
Heizkraftwerk. Dessen Stilllegung wurde 2014 beschlossen und ist für 2020 geplant.

Durch den Strombezug aus Kraftwerken der Verbund AG verdient außerdem der Energiekonzern EnBW AG geringfügig am Strombezug mit, da dieser indirekt an der Verbund AG beteiligt ist. Eine direkte Einflussnahme durch die EnBW AG auf die Verbund AG kann jedoch aufgrund des Umfangs der Beteiligungen ausgeschlossen werden.

Weitere Energieangebote

Ein Kerngeschäft der MANN Naturstrom GmbH ist die Herstellung und Verwertung von Holzpellets über die Westerwälder Holzpellets GmbH.

NATURSTROM



Die Düsseldorfer NATURSTROM AG wurde 1998, gleich nach der Liberalisierung des Strommarktes, gegründet und war einer der ersten bundesweit tätigen Ökostromanbieter. Die NATURSTROM-Gründungsmitglieder kamen aus den Umweltverbänden BUND und NABU sowie aus Erneuerbare-Energien-Vereinigungen wie dem Bundesverband Windenergie und Eurosolar.

Woher kommt der Strom von NATURSTROM?

Der von NATURSTROM angebotene Strom bestand im Jahr 2018 zu 100 % aus Wasserkraft. NATURSTROM bezieht ihren Strom vollständig über direkte Lieferverträge mit Ökostromanlagen in Deutschland und Österreich. Dabei stellt das Unternehmen sicher, dass der Strombedarf der Haushaltskund*innen ausschließlich über Kraftwerke in Deutschland gedeckt wird. Seit 2019 bietet NATURSTROM Privatkund*innen in fünf deutschen Großstädten (Hamburg, Leipzig, Berlin, München und Nürnberg) Städtetarife an. Kund*innen dieser Tarife beliefert NATURSTROM mit einem Strom-Mix, gewonnen aus Sonnen-, Wind- und Wasserkraft

größtenteils aus der jeweiligen Region. NATURSTROM bezog 2018 von 35 Anlagen Strom. 3,5 % der Strommenge stammten von Anlagen, die maximal zehn Jahre alt waren. 96,5 % wurden von Anlagen bezogen, die älter als 21 Jahre waren. 40,2 % stammten 2018 aus Laufwasserkraftwerken mit mehr als 50 Megawatt (MW) installierter Leistung, knapp 60 % aus kleineren Anlagen.

Wie investiert NATURSTROM in die Energiewende?

Im Preis für den Bezug der Stromprodukte von NATURSTROM ist je nach Tarif ein Betrag von netto 1 Cent pro kWh bzw. 2 Cent pro kWh enthalten, der für die Förderung und den Bau neuer Ökostromkraftwerke und für Energiewendeprojekte verwendet wird. Den Großteil dieses Förderbetrags investiert NATURSTROM in die Initiierung und Planung neuer Ökostromanlagen – zwischen 2014 und 2019 42 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 113,6 Megawatt (MW) und 12 Fotovoltaikanlagen mit insgesamt 20,2 MW. Darüber hinaus realisiert der Öko-Energieversorger Mieterstrom- und Nahwärmeprojekte, finanziert Bildungsarbeit und fördert Energieprojekte im Globalen Süden. Für die Ökostromtarife der Stadtwerke Hameln und Hannover verwaltet NATURSTROM die Förderbeträge und investiert sie in den Bau von (möglichst regionalen) Anlagen.

Das Unternehmen Naturstrom

Aktuell arbeiten ca. 400 NATURSTROM-Mitarbeiter*innen an 13 Standorten in Deutschland. Das Unternehmen versorgte 2019 etwa 211.800 Haushalte und rund 23.000 Gewerbebetriebe mit Strom.

NATURSTROM versteht sich als Bürger-Energiegesellschaft in Form einer AG. Es ist nicht an der Börse notiert, sondern wird von etwa 1.260 Aktionär*innen – darunter zahlreiche Kund*innen und -Mitarbeiter*innen – getragen. Die Aktien werden nur auf privater Ebene ge- und verkauft. 51,1 % des

Aktienkapitals sind in der Hand von Kleinaktionär*innen. Als Hauptaktionärin fungiert mit knapp unter 25 % der Aktien die eco eco AG, eine nachhaltige Unternehmensberatung des NATURSTROM-Vorstands Dr. Banning.

Den Großteil des Stroms (72,6 %) bezog NATURSTROM 2018 von Kraftwerken der Verbund Innkraftwerke GmbH bzw. der Verbund Hydro Power GmbH. Die Verbund AG als Muttergesellschaft dieser Unternehmen ist mehrheitlich im Besitz der Republik Österreich und gewinnt 95 % ihres Stroms aus Wasserkraft, betreibt aber immer noch auch ein mit Steinkohle und Gas befeuertes Heizkraftwerk in Österreich. Dessen Stilllegung wurde 2014 beschlossen und ist für 2020 geplant. Durch den Strombezug aus Kraftwerken der Verbund AG verdient der Energiekonzern EnBW AG geringfügig am Strombezug mit, da dieser indirekt an der Verbund AG beteiligt ist. Über die Kärntner Elektrizitäts AG (KELAG) ist zudem Innogy SE indirekt an der Kraftwerksbetreibergesellschaft Verbund Hydro Power GmbH beteiligt. Innogy SE gehörte früher zu RWE und wurde mittlerweile an E.ON verkauft. An der Kraftwerksbetreibergesellschaft Verbund Innkraftwerke GmbH ist der EnBW ebenfalls indirekt beteiligt. Eine direkte Einflussnahme durch EnBW oder E.ON auf Verbund, kann jedoch aufgrund des begrenzten Umfangs der Beteiligungen ausgeschlossen werden.

Zwei Laufwasserkraftwerke, mit denen NATURSTROM Strom-Lieferverträge hat, sind im Besitz von Statkraft, einem norwegischen staatlichen Energiekonzern. Statkraft produziert hauptsächlich Strom aus Wasserkraft, betreibt aber auch Windenergie-, Gaskraft- und Fotovoltaikanlagen.

Die Ennskraftwerke – Eigentümer von fünf Wasserkraftwerken, von denen NATURSTROM Ökostrom bezieht – gehören je zur Hälfte der Verbund AG und der Energie AG. Letztere betreibt ein Steinkohlekraftwerk in Oberösterreich, das zu maximal 23 % ihrer Stromproduktion beiträgt. Die Energie AG ist mehrheitlich im Besitz der Beteiligungsverwaltung des Landes Oberösterreich.

Weitere Energieangebote

NATURSTROM bietet drei verschiedene Gastarife mit unterschiedlichem Biogasanteil an (100, 20 oder 10 %). Im Mittel ergibt sich ein Biomethananteil von 15 % und ein Erdgasanteil von 85 %. Das Biomethan stammt aus deutschen Anlagen (bilanziell, keine internationalen Zertifikate), und NATURSTROM verpflichtet sich zum Verzicht auf Biomethan aus Gülle oder nachwachsenden Rohstoffen. Das Erdgas wird über den Großhandel bezogen. NATURSTROM gleicht die Emissionen der Gasprodukte mit Klimaschutzprojekten aus. Die Produkte sind vom Grünes-Gas-Label zertifiziert.

Ökostrom+

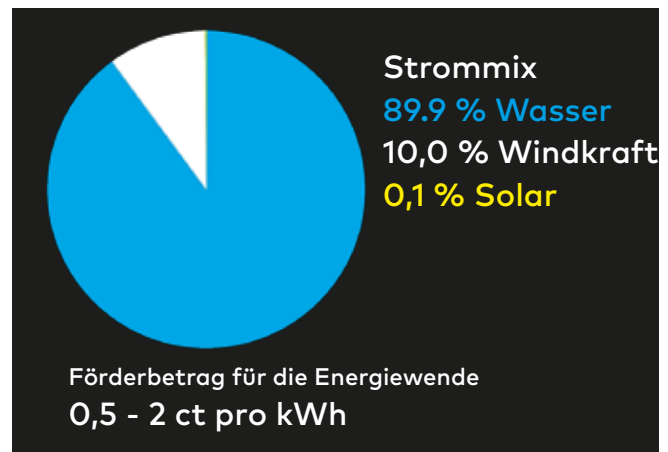
Ökostrom+ und Solidarstrom sind gemeinschaftliche Ökostromangebote der Partner Klimaschutz+-Stiftung, Klimaschutz+-Energiegenossenschaft, lokalen Bürgerinitiativen und Elektrizitätswerke Schönau (EWS). Die multilaterale Zusammenarbeit mit Ökostrom+, Edingen-Neckhausener Ökostrom+, Schriesheimer Ökostrom+, Bremer Solidarstrom und Heidelberger Solidarstrom stellt unter den Ökostromanbietern eine Besonderheit dar, da sie ein Ökostromangebot ermöglicht, das keiner der beteiligten Partner interessierten Kund*innen allein zur Verfügung stellen könnte. Sie bietet den Kund*innen u. a. die Gelegenheit, mitbestimmende Teilhaber*innen lokaler Bürgerfonds für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung zu werden.

Im Rahmen der kooperativen Ökostrom+- und Solidarstromangebote übernehmen die EWS die Aufgabe, den Ökostrom bereitzustellen und zu liefern sowie die Lieferverträge für die Ökostrom+- und Solidarstromangebote abzuschließen. Damit ist der Strombezug identisch mit dem der EWS.

Wie investiert Ökostrom+ in die Energiewende?

Ökostrom+ und Solidarstrom arbeiten mit einem Förderbetrag pro kWh, dem sogenannten Sonnencent. Dabei können die Kund*innen Sonnencents zwischen Tarifen mit 0,5 Cent pro kWh, 1 Cent pro kWh und 2 Cent pro kWh netto wählen.

Ökostrom+



Darüber hinaus wird mit 15 Euro pro Kund*in pro Jahr das Engagement lokaler Bürgerinitiativen unterstützt. Die eingenommenen Mittel werden von der Klimaschutz+-Stiftung in Bürgerfonds gesammelt und treuhänderisch verwaltet.

Die Fonds dürfen im ersten Schritt ausschließlich im Bereich Erneuerbare-Energie- und Energie-Effizienzprojekte angelegt werden. Im zweiten Schritt werden den Fonds-Teilhaber*innen jährlich die mit dem ersten Schritt erzielten Erträge plus 5 % der Fondsmittel zur Förderung gemeinnütziger lokaler Initiativen und Projekte in den Bereichen

Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise wollen die multilateralen Ökostromanbieter zusätzlich zu ihrem Beitrag zur Wende bei den Energieträgern auch die Wende der Energiewirtschaft hin zu einer Wirtschaft unterstützen, die vollständig dem Gemeinwohl dient.

Das Kooperationsprojekt Ökostrom+

Im Rahmen der multilateralen Kooperation übernimmt die Klimaschutz+-Stiftung die treuhänderische Verwaltung der zufließenden Sonnenent-Beträge und verantwortet in Zusammenarbeit mit der Klimaschutz+-Energiegenossenschaft die Investition der Mittel in den Bau neuer Ökostromkraftwerke. Zugleich räumt die Stiftung den Ökostrom+- und Solidarstrom-Kund*innen die oben beschriebenen Mitbestimmungsrechte bei der Vergabe der jährlichen Fördermittel ein. Die Bürgerinitiativen fungieren als örtliche Ansprechpartnerinnen für ihr lokales Ökostromangebot, den Anbie-

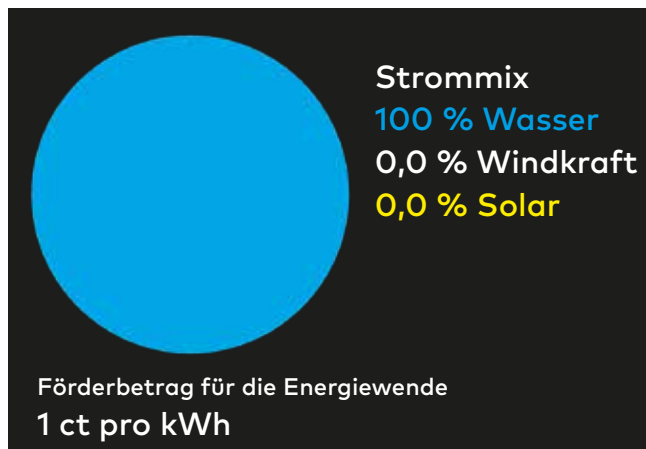
terwechsel, mögliche lokale Energiewende-Investitionsprojekte und informieren die Kund*innen außerdem über die jährliche Förderung von Projekte sowie Möglichkeiten des persönlichen Beitrags zur Energiewende.

Die EWS tragen zu dem kooperativen Ökostromangebot mit der Lieferung des Ökostroms sowie zu allem rund ums Thema Lieferverträge und Abrechnung bei.

Weitere Energieangebote

Ökostrom+ und Solidarstrom bieten über ihre Kooperationspartnerin EWS auch Biogas und Erdgas an. Das Biogas der EWS stammt von einer Papierfabrik in Wörth am Rhein. Es wird dort aus bei der Produktion anfallenden Abwässern gewonnen und in das Gasnetz eingespeist. Das angebotene Erdgas wird über eine Einkaufsgemeinschaft mit anderen Stadtwerken bezogen, weshalb eine Zuordnung zu konkreten Lieferanten nicht möglich ist.

Polarstern



Die Polarstern GmbH wurde 2011 von drei Privatpersonen aus München mit dem ehrgeizigen Ziel gegründet die Energiewende auf dem Wärmemarkt zu fördern. Als sie keine Vertriebspartner für ihr Konzept eines vollständigen Ökogasprodukts fanden, gründeten sie kurzentschlossen einen eigenen Energieversorger.

Zwei der Gründer, Simon Stadler und Florian Henle, leiten das Unternehmen als Geschäftsführer heute noch. Polarstern hat im Jahr 2015 eine Gemeinwohlbilanz veröffentlicht, in der das Wirtschaften des Unternehmens nachzulesen ist.

Woher kommt der Strom von Polarstern?

2018 bezog Polarstern seinen Ökostrom zu 100 % vom Laufwasserkraftwerk in Feldkirchen (Deutschland), das im Besitz der Verbund Innkraftwerke GmbH ist. Das Kraftwerk wurde 1970 in Betrieb genommen, ist also 49 Jahre alt.

Wie investiert Polarstern in die Energiewende?

Polarstern investiert 1 ct pro kWh in Projekte in Deutschland und Europa, mit denen die Energiewende vorangetrieben werden soll, wie z. B. Mieterstromprojekte und den Ausbau von Reststoff-Biogasanlagen. So wurden rund 80 Fotovoltaikanlagen und Blockheizkraftwerke mit einer Gesamtleistung von ca. 2,4 Megawatt (MW) gebaut. Außerdem werden jährlich 20 Euro pro Kund*in in Energiewende-Initiativen in Länder des Globalen Südens ändern investiert.

Neben Mieterstromprojekten unterstützt Polarstern die dezentrale Energieversorgung, indem sie Eigenheimbesitzer*innen mit eigener PV-Anlage sowie ggf. Stromspeicher über den Tarif „Wirklich Eigenstrom“ fehlende Strommengen liefert. Auch ist das Unternehmen in Forschungsprojekten aktiv, die sich etwa mit der Erzeugung von grünem Wasserstoff beschäftigen.

Das Unternehmen Polarstern

Die Polarstern GmbH ist privat finanziert und gehört zu 65 % ihren Gründern. Florian Henle hält mit seiner Firma Melchior Ventures 29 % an Polarstern, Simon Stadler mit seiner Firma Baltasar Ventures 22 % und Dr. Jakob Assmann mit seiner Firma Casper Ventures 14 %. Die übrigen 35 % liegen bei Energie 360, einem kommunalen Wärmeversorgungsunternehmen aus der Schweiz. Das Unternehmen bietet Erdgas mit Biogasanteilen, Holzpellets und Erdwärme sowie individuelle Energie- und Netzdienstleistungen an.

Das einzige Bezugskraftwerk ist im Besitz der Verbund Innkraftwerke GmbH. Die Verbund AG als Muttergesellschaft ist mehrheitlich im Besitz der Republik Österreich und gewinnt 95 % ihres Stroms aus Wasserkraft, betreibt aber immer noch auch ein mit Steinkohle und Gas befeuertes Heizkraftwerk in Österreich. Dessen Stilllegung wurde 2014 beschlossen und ist für 2020 geplant. Durch den Strombezug aus Kraftwerken der Verbund AG verdient der Energiekonzern EnBW AG geringfügig am Strombezug mit, da dieser indirekt an der Verbund AG beteiligt ist. An der Kraftwerksbetreibergesellschaft Verbund Innkraftwerke GmbH ist der EnBW ebenfalls indirekt beteiligt. Eine direkte Einflussnahme durch die EnBW AG auf die Verbund AG kann jedoch aufgrund des begrenzten Umfangs der Beteiligungen ausgeschlossen werden.

Weitere Energieangebote

Polarstern vertreibt Biogas aus einer Anlage, in der organische Reststoffe der Zuckerproduktion verarbeitet werden. Außerdem bietet das Unternehmen Energiedienstleistungen etwa in der Elektromobilität an, z. B. Stromtarife für private und öffentliche Elektroauto-Ladestationen und Flottenlösungen.

Das an Polarstern beteiligte Unternehmen Energie 360 bietet ebenfalls E-Mobilitätslösungen an, und ab 2020 vertreibt es an Privatkund*innen ausschließlich Erdgasprodukte mit 20 % Biogasananteil oder mehr.

Strom von Föhr

Die Strom von Föhr Vertriebs GmbH ist 2017 aus dem Familienbetrieb Föhrer Windkraft hervorgegangen. Dieser baute 1990 einen Windpark auf der Insel und vertreibt seit 2013 Ökostrom – zunächst regional und seit 2016 bundesweit. Strom von Föhr kooperiert mit den Elektrizitätswerke Schönau (EWS), die als Dienstleister den Stromeinkauf und die Abrechnungen übernimmt.

Woher kommt der Strom?

Der von Strom von Föhr angebotene Strom, bestand 2018 zu 100 % aus Wasserkraft. Über die EWS bezog der Anbieter Strom von sechs norwegischen Wasserkraftanlagen. 100 % der Anlagen sind älter als 21 Jahre.

Wie investiert Strom von Föhr in die Energiewende?

Im Strompreis von Strom von Föhr ist ein Betrag von netto 0,5 Cent pro kWh als Förderanteil enthalten. Dieser wird vom Unternehmen unter anderem zur Durchführung von Bildungsprojekten und Förderung der Elektromobilität auf Föhr und Amrum eingesetzt.

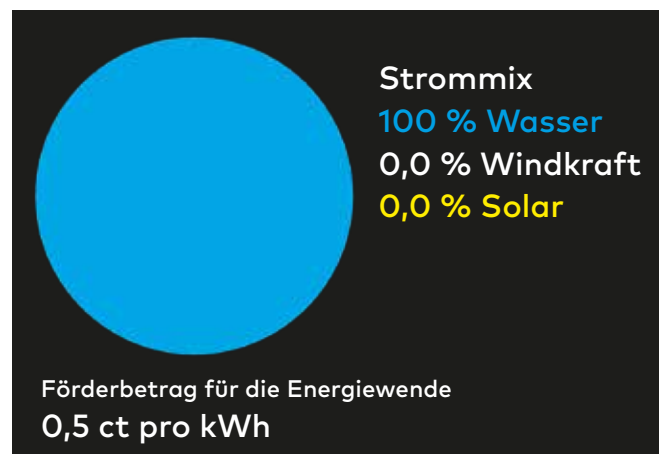
Der Anbieter hat in den letzten fünf Jahren drei Windkraftanlagen mit einer Nennleistung von jeweils 2.300 kW auf der Insel Föhr initiiert und ca. 10 % seines Umsatzes zur Initiierung und Planung von Erneuerbaren Energieanlagen eingesetzt.

Das Unternehmen Strom von Föhr

Strom von Föhr beschäftigt einen Geschäftsführer und vier Angestellte und ist eine 100-prozentige Tochter des Familienbetriebs Föhrer Windkraft der in Oevenum auf Föhr ansässigen Familie Brodersen. Stromeinkauf, An- und Ummeldung der Kund*innen sowie die Abrechnung werden von den Elektrizitätswerke Schönau übernommen.

An allen sechs Kraftwerken, von denen Strom von Föhr 2018

Strom von Föhr



Strom bezogen hat, ist der norwegische staatliche Energieversorger Statkraft indirekt beteiligt. Die Kraftwerke sind vollständig oder teilweise im Besitz von Agder Energi Vannkraft, das zur Agder Energi AG gehört. Diese ist zu 54,5 % im Besitz von norwegischen Kommunen und zu 45,5 % im Besitz von Statkraft.

Statkraft produziert hauptsächlich Strom aus Wasserkraft, betreibt aber auch Windenergie-, Gaskraft- und Fotovoltaikanlagen. Statkraft hat vier Gaskraftwerke in Deutschland und hält Anteile an zwei weiteren Anlagen in Deutschland und Norwegen. Außerdem unterhält es 20 Fernwärmekraftwerke, die überwiegend mit Gas, z. T. aber auch mit Biomasse und Öl betrieben werden.

Weitere Energieangebote

Seit 2020 bietet Strom von Föhr auch den Bezug von Gas an.

Hintergrundinformationen zum Recherchebericht

Für den Ökostromreport 2020 haben wir eine umfangreiche Online-Recherche und eine Befragung mittels Fragebogen durchgeführt. Alle von uns erfassten Ökostromanbieter wurden von uns, soweit möglich, hinsichtlich der ROBIN WOOD-Kriterien für guten Ökostrom geprüft und entsprechend bewertet. Dabei sind wir wie folgt vorgegangen:

Online-Recherche: Erfassung und Vorauswahl

Zur Erfassung der verfügbaren Ökostromangebote in Deutschland haben wir mehrere Anbieter-Suchportale (Verivox, Stromauskunft) und Anbieterlisten von Ökostrom-Labeln (Grüner Strom und OK Power) herangezogen. Dieses Vorgehen war notwendig, da uns weder das Umweltbundesamt noch die Bundesnetzagentur entsprechende Daten zur Verfügung stellen konnte (siehe hierzu auch: <https://fragdenstaat.de/anfrage/auskunft-zu-okostromanbietern-in-deutsch...>). Darüber hinaus hat uns LichtBlick SE freundlicherweise eine von ihnen selbst erstellte Liste von Ökostromanbietern zur Verfügung gestellt. Insgesamt konnten wir auf diese Weise mehr als 1.200 regional- und bundesweit tätige Anbieter mit Ökostromtarifen ausfindig machen.

Um festzustellen, welche der Anbieter für eine detaillierte Überprüfung in Frage kommen, haben wir uns zunächst im Rahmen einer Vorauswahl auf der Homepage jedes Anbieters angeschaut, ob dieser: erstens in seiner Stromkennzeichnung 100 % Ökostrom ausgeschrieben hat, zweitens eigentumsrechtliche Verflechtungen mit Unternehmen der Kohle- und Atomwirtschaft aufweist und drittens zusätzlich die Energiewende fördert. Da Anbieter meist wenig oder keine Informationen zu den Erzeugerkraftwerken angeben, haben wir das 4. Kriterium bei der Vorauswahl vernachlässigt. (s. S. II)

Die Prüfung der Kriterien erfolgte in der oben angegebenen Rangfolge. Dabei war das erste nicht erfüllte Kriterium ausschlaggebend und ist in der Anbietersuche nachvollziehbar. Das heißt, im Fall eines Anbieters, der nicht zu 100% Ökostrom vertreibt (kein Kriterium 1) und zusätzlich mit Atom- und Kohleunternehmen verbunden ist (kein Kriterium 2), wird nur das nicht erfüllte erste Kriterium in der Suche angegeben. Anbieter, die eines der Kriterien eindeutig nicht erfüllten, wurden von einer genaueren Überprüfung ausgeschlossen bzw. als „nicht empfehlenswert“ eingestuft. Alle anderen wurden als „potenziell empfehlenswert“ kategorisiert.

Von den insgesamt 1.200 untersuchten Anbietern schieden alleine 1.061 Versorger aufgrund des ersten Kriteriums aus. Dies ist darauf zurückzuführen ist, dass ein Großteil der

Anbieter Ökostrom lediglich als einen Tarif neben anderen, Nicht-Ökostrom-Tarifen, vertreibt. Knapp 30 Anbieter wurden aufgrund von eigentumsrechtlichen Verflechtungen mit der fossilen und atomaren Energiewirtschaft ausgeschlossen. Übrig blieben 46 regional und 23 bundesweit tätige „potenziell empfehlenswerte“ Unternehmen.

Fragebogen: Auswahl der empfehlenswerten Ökostromanbieter

Alle „potenziell empfehlenswerten“ Anbieter bekamen von uns zwecks genauere Überprüfung einen Fragebogen zugeschickt. Anhand der zur Verfügung gestellten Daten haben wir geprüft, ob das jeweilige Unternehmen den Kriterien von ROBIN WOOD entspricht, und gegebenenfalls eine Empfehlung ausgesprochen.

Bei den regionalen Anbietern war die Resonanz auf unseren Fragebogen leider so gering, dass uns eine genauere Überprüfung dieser Anbietergruppe nicht möglich war. Empfehlungen wurden somit ausschließlich für bundesweit tätige Ökostromanbieter ausgesprochen.

Vollständigkeit der Daten

Trotz umfangreicher Recherche können wir keine Vollständigkeit garantieren. Es ist möglich, dass es neben den von uns aufgeführten Unternehmen weitere Anbieter gibt, die den von ROBIN WOOD formulierten Kriterien entsprechen. Für den Bericht waren wir in weiten Teilen auf die Zusammenarbeit mit den Anbietern angewiesen. Die von ihnen zur Verfügung gestellten Informationen über ihre Unternehmen, ihre Geschäftspolitik und ihre Kraftwerke unterziehen wir zwar einer kritischen Betrachtung. Dennoch vertrauen wir in gewissem Maß darauf, dass die übermittelten Daten zutreffend sind. Wir wollen hier auch darauf hinweisen, dass sich die im Bericht festgehaltenen Lieferbeziehungen zwischen den Ökostrom-Anbietern und ihren Lieferanten jederzeit verändern können. Angaben im vorliegenden Bericht beziehen sich auf Recherchearbeiten, die zwischen August und November 2019 stattgefunden haben.

Transparenz der Daten

Über die Suchfunktion „Warum wurde dein Anbieter nicht empfohlen?“ kann für jeden der von uns recherchierten 1.200 Anbieter die Begründung für unsere Bewertung eingesehen werden.

Wir haben bei unserer Recherche mit großer Sorgfalt gearbeitet. Sollten Ihnen dennoch Fehler auffallen, informieren Sie uns gerne darüber.

DIE ZUKUNFT IST ERNEUERBAR

Anbieterwechsel – so geht's

Ein Wechsel des Stromanbieters ist eine rein formale Angelegenheit und läuft im Normalfall ohne Komplikationen. Ein Austausch des Zählers oder sonstige technische Arbeiten sind nicht nötig. Hat man sich erst einmal für einen neuen Anbieter entschieden, ist der Wechsel also sehr simpel: einfach beim Anbieter der Wahl online oder postalisch den Wechselauftrag ausfüllen, und innerhalb weniger Wochen erfolgt die Umstellung. Sobald der Wechselauftrag erteilt ist, kümmert sich der neue Anbieter um alle nötigen Schritte – auch um die Kündigung beim bisherigen Versorger!

Was für den Wechselauftrag gebraucht wird

Um den Wechsel direkt online in Auftrag geben zu können, benötigt man zusätzlich zu den persönlichen Daten (Name, Anschrift, Kontoverbindung etc.) folgende Angaben:

- Name des derzeitigen Versorgers
- persönliche Kundennummer beim bisherigen Anbieter
- Jahresverbrauch
- Zählernummer
- Zählerstand (erst zum Zeitpunkt des tatsächlichen Wechsels)

Die Angaben zu Kundennummer und Jahresverbrauch stehen auf der Jahresendabrechnung. Die Zählernummer lässt sich am Stromzähler ablesen oder der letzten Rechnung entnehmen. Der Zählerstand selbst muss erst am Tag des Wechsels abgelesen werden – darüber informiert der neue Lieferant.

Und so läuft's ab

Schritt 1: Wechselauftrag ausfüllen

Nachdem die Wahl des Stromanbieters getroffen ist, kann man den Wechsel beauftragen. Hierzu füllt man beim gewählten Anbieter online oder postalisch einen Wechselvertrag aus, woraufhin der neue Anbieter alle nötigen Schritte für den Wechsel in die Wege leitet – auch die Kündigung beim aktuellen Versorger! Hat man den Anbieter bereits selber gekündigt, sollte man das dem neuen Anbieter mitteilen. Den Wechselvertrag bzw. einen Link zum entsprechenden Formular findet man in der Regel direkt bei den Tarifangeboten der Anbieter.

Schritt 2: Abwarten und Tee trinken

Nach Erhalt des Wechselauftrags übernimmt der neue Anbieter sämtliche Formalitäten des Wechsels. Er kommuniziert mit dem aktuellen Versorger, klärt bestehende Vertragsbindungen und spricht die Kündigung zum entsprechenden Datum aus. Etwa zwei Wochen später bekommt man dann die Vertragsbestätigung mit dem Datum des Belieferungsbeginns, der nahtlos an das Ende des auslaufenden Vertrags anschließt. Vom alten Versorger erhält man außerdem eine Kündigungsbestätigung und eine Abschlussrechnung. Wie viel Zeit bis zur Umstellung vergeht, hängt in erster Linie von den bestehenden Vertragsbedingungen ab. Wenn der Wechselvertrag bis zum 10. eines Monats abgeschlossen wird, erfolgt die Umstellung in der Regel im übernächsten Monat. Ist man vertraglich länger an den alten Stromanbieter gebunden, dauert es entsprechend länger.

ÖKOSTROM ZU EMPFEHLEN

Schritt 3 Zählerstand ablesen

Mit Ablauf des alten Vertrags übernimmt der neue Anbieter die Belieferung mit Strom. Als letzter Schritt muss nun der Zählerstand abgelesen werden. Dazu wird man vom neuen Anbieter oder vom Netzbetreiber aufgefordert. Aber auch wenn man keine Aufforderung bekommen hat, empfiehlt es sich, den Zählerstand aufzuschreiben, um mögliche Probleme bei der Abrechnung zu vermeiden. Hat man nämlich im letzten Abrechnungszeitraum zu viel gezahlt, bekommt man den betreffenden Betrag bei der Endabrechnung zurück.

Läuft der Vertrag beim bisherigen Anbieter aus, bevor der neue Liefervertrag beginnt (z. B. weil man selbst gekündigt hat), braucht man übrigens keine Sorge zu haben, demnächst im Dunkeln zu sitzen – in diesem Fall wird man automatisch Kunde beim Grundversorger vor Ort.

Worauf man bei der Anbieterwahl achten sollte

Kündigungsfrist: Sie sollte nicht mehr als vier bis sechs Wochen betragen, damit man relativ schnell zu einem anderen Versorger wechseln kann.

Mindestlaufzeit: Sie sollte nicht länger als ein Jahr betragen. Denn mit einer relativ kurzen Kündigungsfrist und Mindestlaufzeit bleibt man so flexibel, dass man ggf. auf

z. B. unerwünschte Veränderungen in der Strompolitik eines Anbieters reagieren kann.

Preisgarantie: Sie sichert für einen bestimmten Zeitraum einen stabilen Strompreis zu. Sollte man einen Tarif ohne Preisgarantie gewählt haben, kann man im Fall einer Strompreis-Erhöhung vom Sonderkündigungsrecht Gebrauch machen.

Bonustarife: Sie sind oft nur begrenzt gültig, weshalb sie für die Wahl des neuen Anbieters nicht ausschlaggebend sein sollten. Ansonsten empfiehlt es sich, auf ihre genaue Laufzeit zu achten. Oft gelten sie nämlich nur im ersten Jahr, danach wird der Tarif häufig deutlich teurer.

Sonderfall Umzug

Etwas anders als beim normalen Anbieterwechsel sieht es bei einem Umzug aus – in diesem Fall kündigt man den Stromanbieter selbst. In der Regel gewährt der Stromanbieter bei einem Umzug ein Sonderkündigungsrecht, oder der Vertrag erlischt bei einem Umzug ohnehin. Die Details dazu stehen im Vertrag. Sollte man sich nicht rechtzeitig um einen neuen Anbieter gekümmert haben, übernimmt zunächst der örtliche Grundversorger eine Ersatzversorgung. Das kann zwar etwas teurer sein, Probleme bekommt man dadurch aber nicht.

Der Ökostromreport 2020 ist kostenlos online zu finden unter www.robinwood.de/oekostromreport-2020 oder gedruckt bei der ROBIN WOOD-Geschäftsstelle zu bestellen. Er beinhaltet ausführliche Beschreibungen der empfohlenen Anbieter. Die digitale Version hat eine Suchfunktion, mit der die Bewertungen aller untersuchten bundesweiten und regionalen Anbieter abgerufen werden können und die regelmäßig aktualisiert wird. Ergänzt werden diese Ergebnisse durch Hintergrund-Informationen zum Ökostrommarkt und zum Stromanbieterwechsel.

Kontakt: Ronja Heise, ROBIN WOOD-Energierreferentin, Tel.: 0160 929 10 288, energie@robinwood.de

ROBIN WOOD

Bundesgeschäftsstelle
Bremer Straße 3
21073 Hamburg

Tel.: 040 380892-0
Fax: 040 380892-14
info@robinwood.de
www.robinwood.de

Spendenkonto:
Sozialbank Hannover
IBAN: DE 13 25120510 00084 555 00
BIC: BFS WDE 33 HAN



Foto: Pay Numrich

Steinkohle aus Russland

Es ist noch gar nicht lange her, da exportierte Russland kaum Steinkohle. Damit war es schneller vorbei, als man „ugol“ sagen konnte, das russische Wort für Kohle. Heute ist Russland der drittgrößte Exporteur und der sechstgrößte Produzent von Steinkohle weltweit. 40 Prozent der in Deutschland verbrauchten Steinkohle kommen aus Russland.

Leider ist über den russischen Teil der Lieferkette nur sehr wenig bekannt. Auch die deutschen Energieversorger, Abnehmer der russischen Kohle, scheinen allenfalls vage zu wissen, was sie da importieren. Darauf deutet hin, dass sie der NGO Urgewald zufolge ihr Greenwashing-Instrument „Bettercoal“ nutzen, um an Informationen über die russischen Bergbaukonzerne zu gelangen.

Protest in Deutschland: Kohle aus Russland wird hierzulande verheizt



Foto: Ende Gelände

Anders als die Öl- und Gasförderer sind die Kohlekonzerne in Russland privatwirtschaftlich. Darunter sind die Unternehmen Kuzbassrazrezugol, Siberian Business Union, Mechel, Siberian Coal Energy Company (SUEK), Energougol und Razrez Bungursky-Severny.

Die Folgen des Kohleabbaus

Die Kohle, die nach Zentraleuropa gebracht wird, stammt nahezu ausnahmslos aus einer Region mit dem Namen Kuzbass (Kuznetsker Becken) im Süden Sibiriens. Das Revier erstreckt sich zwischen den Städten Kemerovo und Novokuznetsk auf einer Fläche von 63.000 km² – doppelt so groß wie Belgien. Nach Angaben der russischen NGO Ecodefense verschlingen die Tagebaue und Transportrouten häufig ganze

Dörfer. Die Kohlekonzerne nutzen dabei deren Infrastruktur wie Stromtrassen, Straßen und Schienen.

Die Kohleindustrie ist tödlich: 94 Prozent der Trinkwasservorräte sind vergiftet, Krebs- und Lungenerkrankungen häufen sich. Eine Besonderheit der russischen Tagebaue besteht darin, dass die Kohle aus dem Boden herausgesprengt wird, woraufhin sich der Staub mit dem Wind verteilt und sich auf die umliegenden Siedlungen legt. Das traurige Ergebnis: Die Lebenserwartung im Kuzbass liegt drei bis vier Jahre unter dem ohnehin nicht hohen russischen Durchschnitt.

Der Widerstand in Russland

Trotz gruseliger staatlicher und zivilrechtlicher Repressionen nimmt der lokale Widerstand Fahrt auf. Die Dorfbewohner*innen haben begonnen, sich zu versammeln und – zunächst zögerlich – zu organisieren. Immer häufiger gibt es Kleingruppenaktionen. Vor kurzem legten zum Beispiel zwei Dorfbewohner mit einer Sitzblockade vor dem Haupttor einer Grube den Betrieb stundenlang lahm. Anschließend wurden sie vom Minenbetreiber auf Schadensersatz verklagt. Die Kohleindustrie zerstört die Lebensgrundlagen indigener Gruppen, die

seit Jahrtausenden in dem Gebiet im Kuzbass leben. Die sibirischen Schoren zum Beispiel haben ihr Land verloren. „Nein zu neuen Tagebauen. Bewahren wir die Wälder und Flüsse für unsere Kinder!“, schrieb der Schore Anatolij Majtakov auf das Banner seiner Mahnwache, kurz bevor er starb. Solche Ein-Personen-Mahnwachen sind eine der wenigen vom Staat erlaubten Protestformen. Die Schorin Valentina Bekrinova sagt: „Wir Schor*innen glauben, dass das Land, der Boden, die Pflanzen und die Berge eine Seele haben. Der Bergbau hat sie alle getötet.“ Und auch die wenigen verbliebenen Teleuten – zusammen nicht mehr als 2000 – können kaum noch Widerstand leisten.

In den vergangenen zwei Jahren gab es einige große Erfolge der Anti-Kohle-Bewegung in Russland. Ein Gericht in Belovo entschied im Frühjahr 2018, der Kohleabbau sei „keine Notwendigkeit für die Regierung“. Ecodefense und die Menschenrechtsanwält*innen vom „Team 29“ hatten zuvor gegen den Bau einer neuen Grube geklagt. Sie erreichten zwei Dinge: Erstens entzog das

Gericht dem Konzern Stroyozhservice die Genehmigung für die Grube. Das war eine Premiere in Russland, denn nie zuvor hatte ein Gericht ein bereits genehmigtes Bergbauprojekt gekippt. Zweitens musste Stroyozhservice nun auch die Zwangsenteignungen stoppen.

Offenbar wurde die Anti-Kohle-Bewegung in Russland den Mächtigen zu erfolgreich: Ecodefense wird seit Beginn des Jahres 2019 heftig kriminalisiert. Alexandra Korolewa, Direktorin der NGO, ist aus Russland geflohen und hat in Deutschland politisches Asyl beantragt.

Der Export der russischen Kohle

Die russische Exportkohle wird über die Seehäfen abtransportiert. Ein großer Teil gelangt über Pazifikhäfen nach Japan und Südkorea. Die Kohle liegt in den Docks haufenweise herum, direkt neben den Wohnhäusern. Auch hier bauen die Anwohner*innen zunehmend Widerstand auf. Steinkohle, die für Zentraleuropa bestimmt ist, nimmt den Weg über die Ostsee. Zu

den wichtigen Häfen zählen Murmansk, das lettische Riga und vor allem Ust-Luga in der Nähe von St. Petersburg, ein hochautomatisierter Umschlagplatz mit gigantischem Durchsatz. Von hier aus wird die Kohle zum Beispiel nach Szczecin, Rostock, Hamburg, Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen verschifft.

Die russischen Kohlekonzerne scheren sich einen Dreck um die Menschen und deren Widerstand. Und sie wissen den russischen Staat auf ihrer Seite. Die Menschen im Kuzbass werden alleine gelassen. Ein Weg, das zu ändern, könnte darin bestehen, die Probleme in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen, innerhalb und außerhalb Russlands. Hier kommen unsere Lieferkettenblockaden ins Spiel. Lasst uns die Aufmerksamkeit auf die tödlichen Zustände im Kuzbass lenken. Niemand soll mehr wegschauen können. Schon gar nicht die russischen Kohlekonzerne.

Auszug aus der Broschüre ‚Still Burning‘ vom Kampf gegen die Steinkohleindustrie, herausgegeben vom Bündnis deCOALonize

Let's deCOALonize

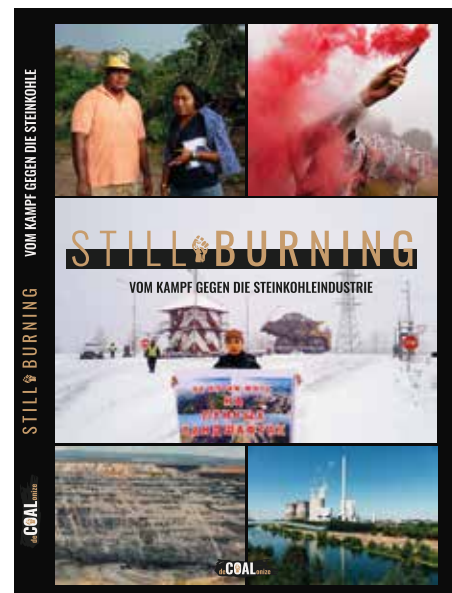
Steinkohlebroschüre bei ROBIN WOOD erhältlich

Während Braunkohle mit ihren riesigen Löchern und zerstörten Landschaften medial immer mehr Aufmerksamkeit bekommt, spielt Steinkohle in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland kaum eine Rolle. Seit 2018 wird 100 Prozent der in Deutschland verbrannten Steinkohle importiert.

Das Ende 2018 gegründete Bündnis deCOALonize will mit Aktionen und Informationskampagnen Aufmerksamkeit schaffen für die zerstörerischen Folgen der Steinkohle. Dafür wurde auch eine Broschüre von verschiedenen Klimagerechtigkeitsgruppen und ROBIN WOOD herausgegeben.

Die Broschüre „Still burning – Vom Kampf gegen die Steinkohle“ beschreibt die Bedingungen in den Abbauländern, den Transport und die Nutzung der Steinkohle und liefert Hintergrundinformationen zu Kraftwerksbetreibern, Kohlehäfen und Transportwegen der Kohle. Sie eignet sich sowohl zum Einstieg in das Thema als auch zur vertiefenden Recherche.

Sie können die Broschüre, A5, 150 Seiten, für 5,00 € zzgl. Versand online bestellen unter www.robinwood-shop.de oder bei der ROBIN WOOD-Geschäftsstelle, info@robinwood.de, Tel.: 040 380892-0.



Valentina Bekrinova

Eine Schorin berichtet



„Mein Name ist Valentina Bekrinova. Ich bin eine Schorin, so wie die meisten Menschen hier im Dorf Chuvashka. Ich war 25 Jahre lang Lehrerin in der Stadt, bevor ich zurückgekehrt bin. Ich hatte damals keine Ahnung, dass der Kohleabbau solch ein Problem werden würde. Nun bin

ich hier gefangen, weil ich es mir nicht erlauben kann, mein Haus zu verkaufen. Ich wünschte, ich wäre niemals zurückgekommen.

Vor meinem Haus beginnt der Sibiriginski-Tagebau, hinterm Haus die Kohlehalde einer anderen Mine. Das Dorf ist umzingelt. Überall ist Kohlestaub. Die Explosionen aus den Minen bringen das ganze Haus zum Wackeln. Das Fundament sinkt immer weiter ab und im Gewächshaus zerspringt das Glas. Aber die Bergbauunternehmen kommen für die Schäden nicht auf. Die meisten der hier aktiven Bergbauunternehmen gehören dem bis 2018 zuständigen Gouverneur, Aman Tuleyev, und seinen Söhnen.

Wenn es nach ihnen geht, werden Chuvashka und acht weitere schorische Dörfer dem Tagebau geopfert. Ich bin erschöpft.

In meinem Alter gegen die Bergbauunternehmen zu kämpfen, ist schwierig.

2017 war das erste Jahr, in dem keine Beeren mehr auf den Sträuchern gewachsen sind. Die Bodenqualität ist aufgrund des Kohlestaubs mittlerweile sehr schlecht. Auch meine Tomaten gehen ein oder verrotten. Früher habe ich Nahrung im Wald gesammelt, aber die Pflanzen sind krank geworden. In der schorischen Kultur essen wir viel Fleisch. Wir haben wilde Enten gejagt und Fische geangelt. Das war, bevor alle Fische gestorben sind. Wir respektieren die Natur und haben sie beschützt. Jetzt gibt es keinen Respekt mehr, alles ist ruiniert. Die Kohle zerstört nicht nur unsere Pflanzen, sondern auch unsere Kultur.

Selbst das Wasser ist schlecht und stinkt nach faulen Eiern. Es enthält Kohle

Valentina: „Die Kohle zerstört nicht nur unsere Pflanzen, sondern auch unsere Kultur“



und Eisenerz und macht uns krank. Der Fluss ist verschmutzt, der Stausee radioaktiv verseucht. Ich fordere die Bergbauunternehmen dazu auf, uns mit Trinkwasser zu versorgen. Aber sie weigern sich.

Einst waren wir Schoren selbstverwaltet. Doch dann kam die Kohleindustrie. Seit 2013 leisten wir Widerstand. Von 2013 bis 2015 haben wir Mahnwachen organisiert. Wir waren besorgt, dass sich das, was uns widerfährt, auf die umliegenden Dörfer ausbreitet, aber wir haben keine Unterstützung von außerhalb des Dorfes erfahren. 2015 haben sie uns Geld angeboten, aber weder Rechte noch Land. Andere Dörfer waren mit der Zeit ebenfalls betroffen, weitere Mitstreiter*innen schlossen sich uns an. Seit 2015 bedrohen die Behörden Menschen, die in der Bewegung gegen den Kohleabbau aktiv sind. Menschen haben ihre Jobs verloren und haben Probleme, ihre Familie zu versorgen. Ihre Namen stehen auf schwarzen Listen. Wir haben

den Protest gegen die Minen auf Eis gelegt, weil die Repressionen unaushaltbar wurden. Die Geheimpolizei kam in das Dorf. Es waren so viele, Chuvashka war voll mit Polizei.

Das Schlimmste ist, dass sie uns unser Land weggenommen haben. Die meisten Schoren sind nicht in der Lage, sich an das Leben in der Stadt anzupassen. Ich fürchte, die Schoren werden bald aussterben. Ohne unsere Flüsse und unsere Taiga kann unser Volk nicht überleben.

Das ist es, was die Russen wollen: uns beseitigen. Sie haben uns kolonialisiert und krank gemacht. Meine Zähne fallen aus und meine Haare werden dünner. In unseren Gemeinden steigen die Krebs- und Tuberkuloseraten an. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist auf 60 Jahre gesunken. Was hier passiert, ist Genozid. Wir sind Kinder der Natur, aber niemand will heute noch Kinder bekommen. Ich habe keine Menschen mehr, mit denen ich Schorisch, meine



„Überall ist Kohlestaub, das Wasser ist schlecht und macht uns krank“

Muttersprache, sprechen kann und habe angefangen, Wörter zu vergessen. Wir Schor*innen glauben, dass das Land, der Boden, die Pflanzen und die Berge eine Seele haben. Der Bergbau hat sie alle getötet.“

Auszug aus der Broschüre ‚Still Burning‘ vom Kampf gegen die Steinkohleindustrie, herausgegeben vom Bündnis deCOALonize

ABONNIEREN SIE JETZT!



STICHWORT BAYER erscheint seit 1983 und ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle.

STICHWORT BAYER berichtet über die Kritik und den weltweiten Widerstand gegen einen der größten multinationalen Konzerne.

Je stärker STICHWORT BAYER, desto größer die Wirkung. Jetzt abonnieren!

Wir gehen mit Ihren Daten verantwortungsbewusst um. Wir nutzen sie ausschließlich zur Erledigung der Zusammenarbeit mit Ihnen. Die den gesetzlichen Datenschutzbestimmungen entsprechenden Regelungen finden Sie auf unserer Homepage www.cbgnetwork.org/datenschutz

c o u p o n

Ja, ich abonniere STICHWORT BAYER (SWB) für jährlich € (Personen mind. 30,00 €, Gruppen/ Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge helfen).

Nur Abonnent*innen erhalten die Beilage TICKER gratis.

Ich spende zur Stärkung von SWB an den SWB Förderkreis € Ich ermächtige die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), Zahlungen von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der CBG auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Name, Vorname

Straße, Nummer

PLZ, Ort

IBAN

BIC

Geldinstitut

Datum, Unterschrift

Zurücksenden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren
 Postfach 15 04 18, D-40081 Düsseldorf
 Fax: 0211 - 26 11 220
 eMail: info@CBGnetwork.org



Gebt Mühlrose eine Chance!

Die bittere Wahrheit lautet: In Deutschland werden noch immer Dörfer dem Betrieb von Braunkohlekraftwerken geopfert. Im Rheinland, in der Leipziger Umgebung und in der Lausitz.

Nachdem die Ministerpräsidenten der bundesdeutschen Braunkohleregionen dafür gesorgt haben, dass der mühsam ausgehandelt Kompromiss der Kohlekommission zu Gunsten einer maximalen Auslastung aller deutschen Braunkohlekraftwerke im Kohleausstiegsgesetz ausgehöhlt wurde, bleibt zu befürchten, dass speziell die sächsische Bergbauplanung an ihren bisherigen Braunkohleabbauzielen festhalten wird. Sollte sich dies bewahrheiten, droht dem sächsischen Mühlrose weiterhin der Abriss.

Das Dorf Mühlrose liegt im Abbaugelände des Braunkohletagebaus Nochten, keine zehn Autominuten von der polnischen Grenze entfernt. Nach der aktuellen Planung des Freistaates Sachsens stehen die rund 200 Einwohner*innen mit ihren etwa 50 Gehöften den Kohlebaggern im Weg. Soweit gleicht das Mühlroser Schicksal allen von der Braunkohle bedrohten Orten in Deutschland. Dennoch nimmt das sächsische Dorf eine Sonderstellung ein.

Die Zukunft des Dorfes Mühlrose nicht zerstören!



Foto: Mattke CCBY-SA 4.0

Seit mehreren Jahrzehnten ist Mühlrose von der Braunkohle umzingelt. Zu DDR-Zeiten fand die Förderung westlich der Ortslage statt, später südlich, jetzt östlich. Als letztes möchte die LEAG, ein Energieunternehmen, das der tschechischen EPH gehört, das Sonderfeld Mühlrose etwa ab Mitte der 2030er Jahre aufschließen und die Kohle darunter im sächsischen Braunkohlekraftwerk Boxberg verbrennen.

Damit ist die Unsinnigkeit des Vorhabens eigentlich schon hinlänglich beschrieben, denn spätestens Ende 2038 soll das allerletzte deutsche Kohlekraftwerk den Energiemarkt verlassen. Wozu also unmittelbar im Finale der deutschen Kohleverstromung ein neues Bergbaufeld aufschließen?

Der Irrsinn entstammt einer Parallelwelt. In dieser ging die letzte sächsische Landesregierung und die LEAG davon aus, dass sich mittelfristig keine Variablen im deutschen Energiesektor ändern werden. Ablesen lässt sich dies an einer 2018 noch eilig vor den Entscheidungen der Kohlekommission geschlossenen Vorsorgevereinbarung zwischen dem Freistaat und dem Braunkohleunternehmen. Darin wird angenommen, dass sich sämtliche Abbaupläne des 2017 aufgestellten Revierkonzepts der LEAG ohne Widerstände umsetzen lassen, einschließlich der Erlaubnis zum Abriss des Dorfes Mühlrose, nebst einer Verpflichtung, den Braunkohleabbau im Freistaat bis 2042 zu gewährleisten. Andernfalls kann oder wird das Bergbauunternehmen nicht dafür garantieren, für die Wiedernutzbarmachung der sächsischen Tagebauflächen aufzukommen.

Die regierende CDU des Freistaates stellt sich somit in die Pflicht, Mühlrose zu opfern, auch mit den Grünen als neuem Koalitionspartner. Selbst ihnen und ihrer starken Verhandlungsposition angesichts fehlender Koalitionsoptionen ist es nicht gelungen, dem Pro-Kohlekurs des säch-

sischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer(CDU) Einhalt zu gebieten. Entsprechendes lässt sich aus dem Koalitionsvertrag herauslesen, der u.a. die Entscheidung über Mühlrose an die Formulierung bindet, geplante Flächen zur Braunkohlegewinnung in Anspruch zu nehmen, solange diese benötigt werden.

Auf der anderen Seite bekennt sich der sächsische Koalitionsvertrag umfänglich zu den Beschlüssen des Kohlekompromisses. Vielleicht ist es noch niemandem aufgefallen, aber mit den darin zutage tretenden Widersprüchen zur Vorsorgevereinbarung zwischen dem Freistaat und der LEAG hat sich Sachsen quasi schon heute damit einverstanden erklärt, Steuermilliarden in Löcher zu schippen, aus denen die LEAG und alle Vorunternehmen reichlich Kohle geschaufelt haben. Demzufolge wird vermutlich nicht die EPH oder ihr tschechischer Eigner den durch den Kohlebergbau angerichteten Schaden in Natur und Umwelt begleichen, sondern der klamme Haushalt des Freistaates, was die milliardenschwere Rekultivierung um weitere Jahrzehnte verzögern wird.

Dem Dorf Mühlrose droht zugleich, nicht allein von der Politik geopfert zu werden. Eine solche Entscheidung könnte immerhin auf juristischem Weg beanstandet und gegebenenfalls gestoppt werden. Die weit nachhaltigere Gefahr für das unversehrte Fortbestehen der einst slawischen Siedlung geht stattdessen von einzelnen Mühlroser Einwohner*innen selbst aus. Aus verständlichen Gründen haben sich manche für die Umsiedlung entschieden. Der Bergbau prägt seit Jahrzehnten den Ort. Bis vor wenigen Jahren fand die Kohleverladung von den Bandanlagen des Tagebaus Nochten auf Kohlewaggons unmittelbar neben dem Ort statt. Lärm, Staub und das Leben auf einer Halbinsel im Kohlemeer haben diese Menschen mürbe gemacht. Seit die Straßenverbindung nach Weiß-

wasser durch das Naturschutzgebiet des europäisch einmaligen „Urwalds“ gekappt und der naturnahe Erholungsraum weggebaggert wurde, fühlen sie sich abgehängt und zurückgelassen.

Um Mühlrose herum gedeihen zwar heute noch Wiesen und Wälder, besonders im Norden, doch auch diese werden verschwinden, wenn der Tagebau Nochten nach bisheriger Planung seine nördlichste Abbaukante erreicht haben wird. Zuletzt wird Mühlrose über den Korridor einer einzigen Straße zu erreichen sein, bevor es selbst den Baggern zum Opfer fallen soll.

Diese Vorstellung ängstigt nicht wenige Mühlroser*innen. Mehrfach sollte das Dorf schon abgerissen werden. Wer wollte sich angesichts dessen über das Hoffen auf einen Neuanfang wundern, weit weg von der Kohle und der Unsicherheit, die die Familien seit Jahrzehnten begleitet.

Um diese Unwägbarkeit ein für alle Male zu beenden, forderte eine Gruppe von Mühlroser Einwohner*innen viele Jahre lang einen Umsiedlungsvertrag. In der Regel wird ein solcher Vertrag erst geschlossen, wenn die Genehmigung zum Abriss einer Ortslage mit dem Rahmenbetriebsplan erteilt wurde. Eine solche Genehmigung liegt für Mühlrose jedoch nicht vor und wurde bisher auch nicht beantragt. Dennoch zwangen die Umstände jene Mühlroser*innen zu ihrer Forderung und die sächsische Politik schließlich dazu, ihrem Anliegen zu entsprechen.

Allerdings kann ein solcher Vertrag, der die Umsiedlungsmodalitäten und die Entschädigung regelt, nur zwischen der jeweiligen Gemeinde und dem Bergbauunternehmen geschlossen werden. Der sächsische Ministerpräsident machte sich deshalb auf den Weg nach Prag, um den Eigner der EPH Daniel Kretínský persönlich zu treffen und ihn um den vorzeitigen Umsiedlungsvertrag für Mühlrose zu bitten. Es ist inzwischen kein Geheimnis mehr, dass er Kretínskýs Zusage wohl nur deshalb erhielt, weil er dem EPH-Chef sein Wort gab, die spätere Abaggerung Mühlroses soweit es geht politisch zu ermöglichen. Entsprechendes spiegelt



Foto: Paul T. CCBY-SA 4.0

Wozu unmittelbar im Finale der deutschen Kohleverstromung ein neues Bergbaufeld erschließen?

der aktuelle Koalitionsvertrag wider. Der Umsiedlungsvertrag zwischen der LEAG und der Gemeinde wurde schließlich im März 2019 geschlossen und die Bauarbeiten in Neu-Mühlrose, nur wenige Kilometer entfernt, haben begonnen. Ein Gehöft der ersten Umsiedler steht seit Ende 2019 in Mühlrose leer und spätestens jetzt fürchten sich die Einwohner*innen, die nie für den Umsiedlungsvertrag eintraten, vor der Zeit, in der weitere Häuser leergezogen sein werden. Denn was geschieht jetzt mit Alt-Mühlrose? Die ehemaligen Häuser und Höfe der Umsiedler gehen mit der geleisteten Entschädigung in den Besitz des Energieunternehmens über und dessen Praxis war es bisher, die Häuser zeitnah abzureißen.

Denn selbst im Falle der Genehmigung des Rahmenbetriebsplans für das Sonderfeld Mühlrose sollte niemand davon ausgehen, dass der Ort selbst tatsächlich abgebaggert werden wird. Vielleicht werden schon bald sächsische Kraftwerksblöcke im Rahmen des Kohleausstiegsgesetzes stillgelegt – auch gegen den Willen des Freistaates – was den Bedarf an der Kohle unter Mühlrose überflüssig machen könnte. Vielleicht erreicht der Tagebau Nochten im Zuge steigender Preise für CO₂-Zertifikate niemals das geplante Ausmaß. Vielleicht wird das

Sonderfeld Mühlrose aufgrund der weltweiten Klimaproblematik niemals abgebaggert. Vielleicht entscheidet ein Gericht, dass Enteignungen zur Gewinnung klimaschädlicher Braunkohle nicht länger dem Allgemeinwohl dienen. Oder vielleicht beendet Daniel Kretínský bereits in wenigen Monaten oder Jahren sein Engagement im deutschen Braunkohlesektor, weil sich damit kein Geld mehr verdienen lässt. Was dann? Ist Mühlrose dann womöglich gerettet und zugleich doch für immer verloren, nur weil die LEAG und die früheren Einwohner*innen nach dem Prinzip der verbrannten Erde verfahren, statt dem Ort samt seiner slawischen Historie einen Neuanfang zu ermöglichen?

Hier bedarf es Weitblick von allen Seiten! Der sächsische Ministerpräsident wird sich kaum damit rühmen wollen, ein Dorf seines Freistaates ohne Not geschliffen zu haben. Das Gleiche gilt für Daniel Kretínskýs und erst recht für die deutsche Energiepolitik.

*Christian Huschga engagiert sich für die Initiative „Alle Dörfer Bleiben, in der Klimaaktivist*innen und Betroffene gemeinsam für den Erhalt der von der Braunkohle bedrohten Dörfer arbeiten, Mühlrose@t-online.de“*

Altes Schlafmittel in neuen Schläuchen

Zum Abschlussbericht der „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, in dem manche gern einen Beschluss zum bundesdeutschen Kohleausstieg sehen, ist bereits viel gesagt worden. Aus (bewegungs-)historischer Perspektive wurde dieser bislang kaum beleuchtet. Diesen Versuch unternimmt der immer noch aktuelle Kommentar aus der Anti-AKW-Bewegung vom Februar 2019.

Die Akteure und ihre Interessen

Wenn Regierungen Kommissionen einsetzen, kann davon ausgegangen werden, dass das zu lösende Problem so delikat und der dahinterliegende Konflikt in der Gesellschaft so wirkmächtig geworden sind, dass eine Lösung bzw. die Befriedung des Konflikts nur möglich erscheint, wenn alle relevanten Akteure eingebunden sind. Das Ergebnis solcher Kommissionen muss deshalb

immer auch daraufhin analysiert werden, welche Akteure und Anliegen auf welche Weise bedient worden sind.

Drei Akteure der Kohlekommission können unmittelbar als Gewinner beschrieben werden:

- Die aktuelle Bundesregierung, die nach einem Sommer tiefster Krisen endlich ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen musste und diese mit dem Ergebnis erbringen konnte.
- Die Energiewirtschaft, die weitreichende Bestandsgarantien für ihre veralteten Anlagen erhielt.
- Die Regierungen der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg dürfen nun hoffen, mit milliarden schweren Infrastrukturprogrammen die nahezu allerorten erstarkende AfD einhegen zu können.

Klimaintressen berücksichtigt?

Von den fünf größten CO₂-Emittenten Europas, die allesamt Braunkohlekraftwerke sind, stehen vier in Deutschland. Wäre es in der Kohle-Kommission darum gegangen, möglichst schnell die CO₂-Emissionen Deutschlands zu reduzieren, wäre ein schnelles Ende dieser Kraftwerke unausweichlich gewesen. Laut Beschluss droht keinem einzigen Standort in den nächsten Jahren das komplette Aus. Es sollen lediglich einzelne Blöcke abgeschaltet werden. Die deutschen Rekordhalter bleiben unangefochten in den Top Ten der CO₂-Emittenten Europas.

Der Ausstieg: ein Wiedergänger

Uns langjährigen Aktiven der Anti-AKW-Bewegung kommt das energiepolitische Muster nur zu bekannt vor. Auch im Jahr 2000 gingen die vier Energieriesen als Gewinner aus den Verhandlungen um den Atomkonsens heraus, denn es wurde ihnen großzügige Restlaufzeiten für ihre AKW und somit eine Bestandsgarantie gewährt. Dennoch wurde das Papier als umweltpolitische Leistung verkauft.

Dieses Muster kehrte beim Ausstieg von 2011, Merkels gefeierter atompolitischer Kehrtwende, wieder. Zwar wurden veraltete Schrottreaktoren wie die AKW Krümmel und Biblis abgeschaltet, jedoch bekam fast die Hälfte der anderen AKW einen Bestandsschutz für fünf bis zehn Jahre. Angesichts der gesellschaftlichen Stimmung nach dem GAU in Japan war das eine überraschend magere Bilanz

24. Februar 2018: Atomkraftgegner*innen machten beim Streckenaktionstag in Hamburg mit einem Straßentheater auf die Gefahren der Urantransporte aufmerksam



Foto: ROBIN WOOD

für die Anti-AKW-Bewegung und eine ähnliche, wie wir sie jetzt für die Klimabewegung ziehen müssen. Selbst in den Details ähneln sich die Beschlüsse: Beim Großteil der in den nächsten Jahren abzuschaltenden Kohlekraftwerke handelt es sich um längst unrentable Steinkohlekraftwerke. In den kommenden Jahren wären sie ohnehin abgeschafft worden. Nun aber können die Konzerne für diesen Schritt Stilllegungsprämien verlangen. Damals wie heute wurden vor allem Planungssicherheit für die Konzerne und Bestandsschutz für ihre wichtigsten Anlagen geschaffen. Und das in einem – gelinde gesagt – herausfordernden Marktumfeld: angesichts einer durch Fukushima schockierten Öffentlichkeit 2011 und angesichts einer verkündeten Energiewende, der Auseinandersetzung um den Hambacher Forst und krachend verfehelter Klimaziele jetzt.

Energiepolitik mit Zeitzünder

Eine zentrale Erkenntnis des sogenannten Atomausstiegs ist, dass derlei Politik vor allem die Reaktion auf aktuelle Kräfteverhältnisse ist und Konzerne und Regierung versuchen, die Zeit für sich spielen zu lassen. Nach Fukushima war die Liste der sofort abzuschaltenden Schrottreaktoren schnell zusammengestellt. Für die Übrigen wurde das Ende der Stromproduktion vage für zehn Jahre später benannt. Erst als angesichts der massiven Proteste klar wurde, dass dieser Plan nicht durchsetzbar war, entschied sich die Regierung Merkel für Zwischenschritte: Vier, sechs und acht Jahre nach dem Gau sollte jeweils einen Reaktorblock abgeschaltet werden. Die übrigen Kraftwerke sollten dann alle zehn bzw. elf Jahre später stillgelegt werden. Ähnliches findet sich im sogenannten Kohleausstieg. Nach einer initialen Stilllegung von größtenteils unrentablen Steinkohlekraftwerken, die öffentlichkeitswirksam inszeniert wird, soll bis Anfang des übernächsten Jahrzehnts erst einmal nicht mehr passieren als das, was marktwirtschaftlich geboten erscheint: „Die aktuell vorliegenden Studien gehen davon aus, dass bis 2030 die Emissionen der Energiewirtschaft auch ohne zusätzliche Maßnahmen



Mit der Verkündung des Atomausstiegs schwand die Mobilisierungsfähigkeit der ehemals beeindruckenden Anti-Atom-Bewegung. Es wird kluges Agieren brauchen, um die radikale Klimagerechtigkeitsbewegung beim Thema Kohle vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren

signifikant sinken werden.“ (S. 17 des Abschlussberichts). Die Zielmarke „Ausstieg“ wird dann auf das Jahr 2038 verlegt.

Aber werden sich Politiker*innen in dreieinhalb Legislaturperioden noch an Beschlüsse aus dem vorletzten Jahrzehnt gebunden fühlen? Ist das nicht ebenso zweifelhaft wie das Versprechen, dass 2022 die verbliebenen Reaktoren tatsächlich vom Netz gehen, obwohl Bayern den Netzausbau behindert und die CDU den Ausbau der Windenergie erfolgreich torpediert? Und obwohl die aktuelle Umweltministerin warnt, dass nirgendwo sonst in der Welt Kohle- und Atomausstieg gleichzeitig stattfinden, während in den Zeitungen die neuesten AKW-Technologien als Klimarettung vorgestellt werden? Zweifel an den Ausstiegsversprechen sind höchst angebracht, meinen wir, und halten es für äußerst wahrscheinlich, dass man je nach Opportunität Laufzeitverlängerungen gewährt – wie 2010, als die schwarz-gelbe Merkel-Regierung kurzerhand den rot-grünen Atomkonsens vom Tisch wischte.

Wachsamkeit und ungebrochener Widerstandgeist wären somit mehr als angebracht. Doch fatalerweise lassen

sich mit den Ausstiegsversprechen selbst radikale Umweltbewegungen befrieden. Mit der Verkündung des Atomausstiegs schwand die Mobilisierungsfähigkeit der ehemals beeindruckenden Anti-Atom-Bewegung. Es wird kluges Agieren brauchen, um die radikale Klimagerechtigkeitsbewegung beim Thema Kohle vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren. Gelingt dies nicht, könnte der Kohlekompromiss in seiner Eigenschaft als Schlafmittel für die kritische Öffentlichkeit sogar eine dramatische Verschlechterung der Ausgangssituation für das Klima bewirken.

Um aktionsfähig zu bleiben, scheint es uns angezeigt, den Widerstand in den Dörfern zu unterstützen, die vom Weiterbetrieb der Braunkohlekraftwerke betroffen sind. Dort lässt sich am deutlichsten zeigen, dass ein Kohleausstieg nicht stattfindet. Und in den Initiativen vor Ort lassen sich Verbündete finden, die nicht einfach das Aktionsfeld wechseln (können), wenn das Thema Klimapolitik in absehbarer Zeit als abgehakt gilt.

Energiepolitik bleibt Handarbeit. Für eine Gesellschaft, in der Atomanlagen nicht möglich sind!

anti-atom-büro, Hamburg 2019

Niemand hat die Absicht eine Laufzeit zu verlängern

Wie energiepolitisch Untote laufen die sieben leistungsstärksten Reaktoren trotz beschlossenen Atomausstieg noch immer. Angesichts der massiven antinuklearen Stimmung nach dem Dreifach-GAU von Fukushima 2011 ein bemerkenswerter Umstand.

Wer hätte damals gedacht, dass die Stilllegung der acht ältesten Reaktoren ausreichen würde, um den Widerstand weitgehend zu befrieden? Dass es sogar gelingen würde, den übrigen eine Bestandsgarantie von bis zu einem Jahrzehnt zu verschaffen? Und dass die Brennelementfabrik in Lingen und die Urananreicherung in Gronau, die jeweils von erheblicher internationaler Bedeutung sind, unbe-

rührt bleiben könnten? Doch so ist es. Bis heute versorgt die Anlage in Lingen neben vielen anderen AKW weltweit z. B. auch die rissigen belgischen Reaktoren Tihange und Doel mit Brennelementen. Bis heute blieben die Kernforschungszentren, die mit enormem finanziellen Aufwand an zukünftigen Reaktorlinien forschen und die atomtechnische Ingenieurscommunity am Leben halten, ungeschoren. Und 19 Jahre nach dem Beginn der verschiedenen Atomausstiege und -konsense liegt Deutschland auch bei der installierten nuklearen Kraftwerksleistung immer noch auf Platz drei im europäischen Vergleich. Eine Reihe von Anti-Atom-Gruppen halten inzwischen auch eine Laufzeit-

verlängerung für AKW über 2021/22 hinaus für wahrscheinlich. Um zu verstehen weshalb, lohnt es sich, neben den aktuellen Debatten auch die innere Logik des Atomausstieges von 2011 genauer unter die Lupe zu nehmen.

Für die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung war es nach Fukushima notwendig, die Proteste außerhalb und innerhalb der Parlamente möglichst rasch zu befrieden. Wie sehr Letzteres drängte, machte der Regierungswechsel im CDU-Kernland Baden-Württemberg deutlich: Die Welle der Empörung über den Super-GAU war maßgeblich dafür verantwortlich, dass Winfried Kretschmann erster grüner Ministerpräsident wurde. Den heutigen Kohleprotesten ähnlich, bedrohte der bis weit ins bürgerliche Lager reichende Zweifel an der herrschenden Energiepolitik die Machtbasis der CDU.

Der Protest muss weitergehen – wie hier im Dezember 2017 in Neckar-Westheim



Foto: Tim Christensen

Geschickte Manöver

Angela Merkel gelang es zunächst, durch die Stilllegung einer Reihe sehr alter und in der Kritik stehender Reaktoren (z. B. Biblis und Krümmel) dem Wunsch einer Bevölkerungsmehrheit nach AKW-Abschaltungen nachzukommen. Darüber hinaus nahm ihre Regierung die kurz vorher beschlossenen Laufzeitverlängerungen auf die Linie des rot-grünen Atomkonsenses zurück und damit der parlamentarischen Opposition wirkungsvoll den Wind aus den Segeln.

Aber auch die Befürworter der Atomanlagen wurden bedient, denn drittens stellte der sog. Atomausstieg auch eine Bestandsgarantie und Planungssi-

cherheit für die wichtigsten Leistungsreaktoren der Stromkonzerne dar. Mit Laufzeitverlängerungen von zwei bis fünf Jahren für die jüngsten Reaktoren wurden die wegfallenden Kraftwerkskapazitäten der alten und kleineren Reaktoren nämlich weitgehend kompensiert.

Für die Energiewirtschaft war das ein äußerst glimpfliches Ergebnis, mit dem nach einem Dreifach-GAU nicht unbedingt zu rechnen gewesen war. Doch es gab noch etwas on top: Mit dem Beschluss, die sechs leistungsstärksten Reaktoren (Brokdorf, Grohnde, Lingen, Neckarwestheim 2, Gundremmingen C und Isar 2) erst rund um das Wahljahr 2021 innerhalb von 12 Monaten vom Netz zu nehmen, wurde ein politischer Möglichkeitsraum eröffnet: der des Weiterbetriebs. Dass er erfolgen wird, ist nicht garantiert, aber der zukünftigen Bundesregierung hält diese Datierung ein Hintertürchen offen, um den Ausstieg je nach Opportunität in Frage zu stellen.

Herbeigeführte Sachzwänge

Schaut man sich die energiepolitischen Rahmenbedingungen im Jahr 2019 an, so steht außer Zweifel, dass dieses Hintertürchen inzwischen zum Scheunentor ausgebaut worden ist. Hierfür brauchte es lediglich eine frühzeitig begonnene Politik der Unterlassung und Behinderung von energiepolitischen Veränderungen mit dem Ziel, die Stilllegung der Reaktoren 2021 als irrational und technisch gar nicht machbar beschreiben zu können. Diese Obstruktionspolitik wird in vielen Bereichen seit Jahren und mit zunehmender Heftigkeit umgesetzt. Es werden „Sachzwänge“ herbeigeführt, die einen Weiterbetrieb der AKW nahelegen. So blockierte die Bayerische Landesregierung den für den Nord-Süd-Transport großer Mengen an Windstrom notwendigen Ausbau von Stromnetzen von Beginn an.

Nach Auskunft der Bundesnetzagentur waren im dritten Quartal 2018 von den notwendigen 7700 Kilometern neuer Stromleitungen lediglich 4600 Kilometer in Planungsverfahren, 1800 genehmigt und erst 950 tatsächlich gebaut. Ein Netzausbau, der den Ansprüchen

des Atomausstieges und der Energiewende gerecht wird, ist bis 2022 vollkommen unrealistisch geworden. Auch die Mitte des Jahrzehnts gilt mittlerweile als recht ambitioniertes Ziel.

Im Bereich der Energiewende sieht es nicht besser aus. Nach einem fulminanten Start mit einem Zubau von Windkraftanlagen mit bis zu 4600 MW Leistung jährlich wurde vom Bundestag und der Bundesregierung mit geradezu brutalen Mitteln der Ausbau der Regenerativen zum Erliegen gebracht. Mit mehreren drastischen Absenkungen der Einspeisevergütungen für Wind- und Solaranlagen sowie überbordend bürokratischen Ausschreibungsverfahren attackierte man dann vor allem die Windenergie, die nur zu einem geringen Anteil im Besitz der großen Stromkonzerne ist (rund 5 %). Das Ergebnis: Im ersten Halbjahr 2019 wurden nur noch 85 Windräder in der gesamten Bundesrepublik aufgebaut. Da aber im gleichen Zeitraum 51 Windräder abgebaut wurden, bleibt netto lediglich ein Zuwachs von 34. In Bayern und fünf weiteren Bundesländern wurde im ersten Halbjahr 2019 kein einziges Windrad errichtet.

Dies hat zur Folge, dass in den Jahren 2016 und 2017 nach Angaben der IG Metall Küste rund 26.000 Arbeitsplätze in der Windindustrie verloren gingen. 2018 wurden weitere 3000 Arbeitsplätze gestrichen, bis schließlich im September 2019 mit Senvion ein großer Player in Konkurs ging.

„Deutschlands ungeliebte Klimaschützer“

Entgegen aller klimapolitischer Sonntagsreden lässt sich Ende 2019 festhalten: Die regenerativen Energien werden die Leistungskapazitäten der sechs größten AKW, die in den nächsten drei Jahren stillgelegt werden sollen, kaum ersetzen können. Die Bühne für das Comeback der Atomkraft ist bereitet. Und auch im Orchestergraben tut sich bereits etwas.

Nachdem zunächst VW-Chef Herbert Diess in der Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“ provokativ einen Ausstieg aus dem Ausstieg forderte, bliesen

auch der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Fuchs (im „Cicero“) und der Kuratoriumsvorsitzende der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ehemalige SPD-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (in „Die Welt“) in dasselbe Horn. Etwas zarter regte zuletzt Ende September auch der CDU-Landwirtschaftsminister von Baden-Württemberg, Peter Hauk, an, zu Gunsten eines schnelleren Kohleausstieges den Atomausstieg noch einmal zu überdenken.

Das Klima-Argument ist dabei immer Teil der Pro-Atom-Orchestrierung und inzwischen bereits ein Klassiker. Bereits zu Zeiten der durch Schwarz-Gelb initiierten Laufzeitverlängerung 2010/2011 verpassten die Betreiber und das deutsche Atomforum den Reaktoren mit ihrer Kampagne „Deutschlands ungeliebte Klimaschützer“ ein neues Image. Sie folgten dabei dem Rat von Politstrategen wie etwa der Consulting-Firma PRGS. Diese empfahl einem Stromkonzern angesichts des massiven Imageverlustes, die Atomenergie mit dem positiv besetzten Klimaschutz zu verbinden und diese Position von verschiedenen Akteuren aus Parteien, Wirtschaft und gezielt ausgewählten Medien vertreten zu lassen, statt selbst die Initiative zu ergreifen.

Dass diese Marschrichtung offenbar weiter verfolgt wird, zeigt das im Unterschied zu 2010/11 heute deutlich zurückhaltendere Auftreten der Betreiberunternehmen Eon, RWE und EnBW. Sie lehnten die Idee einer Laufzeitverlängerung sogar einmütig ab. Der Ausstieg aus der Kernenergie sei im politischen und gesellschaftlichen Konsens beschlossen und gesetzlich klar geregelt. Man will sich dieses Mal offenbar lieber bitten lassen, statt sich mit A-Werbung selbst einen Imageschaden zuzufügen. Und wartet mit der Vorfreude auf die Gewinne aus dem Weiterbetrieb, bis der Konsens zerbröckelt ist und Fragen wie „Würden Sie für das Erreichen der 2030-Klimaziele den zeitlich begrenzten Weiterbetrieb von AKW hinnehmen?“ mehrheitlich bejaht werden. Das kann schneller gehen als Viele meinen.

anti-atom-büro Hamburg

Atomkraft ist niX für's Klima

Atomkonzerne und ihre Tarnorganisationen, wie zum Beispiel die „Nuclearia“, „Nuclear Pride Coalition“ oder auch die europaweite Partei VOX, nutzen die Diskussion um die Klimakrise, um Atomkraft als angebliche CO₂-freie Lösung salonfähig zu machen. Sie setzen darauf, dass der Widerstand nachlässt, weil die Atomunfälle in Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 langsam in Vergessenheit geraten und weil viele Klimademonstrant*innen zu jung sind, um die Höhepunkte der Antiatom-Bewegung miterlebt zu haben.

Tatsächlich ist nicht allen Menschen bewusst, dass der Atomausstieg längst nicht vollständig vollzogen ist: Es sind noch nicht alle AKWs abgeschaltet und auch die Atomtransporte, die Urananreicherung in Gronau und die Brennelementefertigung in Lingen laufen unbefristet weiter. Dabei gibt es keine sichere Endlagerung des Atommülls. Das Versprechen einer CO₂-freien

„Lösung“ für die Klimakrise klingt verlockend. Doch Atomkraft ist hier keine Lösung. Atomkraft deckt zwei Prozent des weltweiten Energiebedarfs, die Erneuerbaren Quellen 18 Prozent. Der Bau zahlreicher Atomkraftwerke wäre nötig, um irgendeine Auswirkung auf die Klimakrise zu erzielen – angenommen, Atomenergie wäre überhaupt CO₂-frei und sicher. Je mehr AKW in Betrieb sind, umso höher sind aber auch das Unfallrisiko und die radioaktive Verseuchung bei Normalbetrieb.

Neue Mini-Reaktortypen, wie zum Beispiel der durch die Lobby angepriesene Thorium-Reaktor, sind hoch gefährlich. In jedem dieser Mini-Reaktoren entsteht die Radioaktivität, die vielen Hiroshima-Bomben entspricht. Ein Unfall oder ein Anschlag auf ein Kleinst-AKW könnte eine Stadt unbewohnbar machen. Viele kleine Reaktoren sind viele, schlecht gesicherte, potentielle Anschlagziele. Wenn heute in Syrien

und im Irak diese neuen AKW stünden, dann könnte der IS schmutzige Bomben bauen. Zivile und militärische Nutzung der Atomkraft sind nicht voneinander zu trennen. Ohne die große Anzahl der zivilen Atomkraftwerke wäre beispielsweise die geringe Menge von Antriebsreaktoren von Kriegsschiffen weder finanzier- noch organisierbar.

Umweltbelastend, krank machend und sogar tödlich sind die Folgen der Thoriumgewinnung und der atomaren Aufarbeitung. Im sogenannten Normalbetrieb geben auch Kleinreaktoren wohnortnah krebserzeugende Radioaktivität an die Umwelt ab. Ein Thorium-Reaktor erzeugt zwar weniger und kürzer strahlenden Atommüll als ein Druckwasserreaktor, doch dafür strahlt er stärker.

Aufgrund der Klimaänderungen häufiger auftretenden Hitzeperioden, müssen AKW entsprechend häufiger

Die Atomkatastrophen von Fukushima und Tschernobyl sind nicht vergessen und befeuern die Proteste immer wieder neu



abgeschaltet werden, weil das aus den Flüssen entnommene Kühlwasser zu warm ist.

Bau und Betrieb von AKW und Atommüllagerung sind CO₂-intensiv

Uran ist außerdem ein fossiler Brennstoff ohne Zukunftsperspektive. Studien zufolge werden die Uranvorkommen weltweit spätestens 2070 ausgebeutet sein. Die Kosten und der CO₂-Ausstoß beim Abbau steigen jetzt schon, weil dieser immer energieintensiver wird. Atomkraft verursacht weniger CO₂-Emissionen als Kohlekraftwerke, aber mehr als die Erneuerbaren Energien und hat, je nachdem wie der Rohstoff gewonnen wird, einen CO₂-Ausstoß von bis zu 288 Gramm pro kWh. Für Deutschland liegt der Wert bei ca. 36 Gramm pro kWh.

Für eine saubere Berechnung der CO₂-Belastung durch Atomstrom muss die ganze Produktionskette berücksichtigt werden. Dazu gehört der Uranabbau, der Transport, Bau, Rückbau und Unterhalt eines Atomkraftwerks sowie die Verteilung des Stroms und die Entsorgung von Atommüll. Je nach Herkunft des Urans sind die Emissionen unterschiedlich hoch. Irrwitzig ist, dass Kohlekraftwerke betrieben werden, um den Rohstoff abzubauen und zu verarbeiten. Es werden allein für den Uranabbau in Arlit (Niger) 400.000 Tonnen Kohle jährlich eingesetzt.

Uran aus Namibia wird regelmäßig über Hamburg nach Narbonne in Südfrankreich zur Weiterverarbeitung transportiert. Bei der dortigen chemischen Verarbeitung, ein notwendiger Schritt hin zur Fertigung von Brennelementen, entsteht Atommüll. Dieser soll in einer neuen Anlage THOR verbrannt werden – dafür müssen 5.700 Tonnen Steinkohle pro Jahr verfeuert werden. Ca. 40 Prozent des Strom-Mixes, den Urenco für die Anreicherung seines Urans nutzt, stammt aus Hambacher Braunkohle.

Hinzu kommt der Eigenverbrauch der Atomindustrie, der diese Form der Energiegewinnung wenig effizient werden lässt. In Frankreich wird aktuell



Foto: Ute Bertrand/ROBIN WOOD
 Noch sind nicht alle AKWs abgeschaltet und die Atomtransporte, die Urananreicherung in Gronau und die Brennelementefertigung in Lingen laufen unbefristet weiter

für die Pumpen in den AKW und die Urananreicherung 46 Milliarden kWh/Jahr verbraucht, das ist ca. 12% des produzierten Atomstroms.

Der CO₂-Ausstoß im Zusammenhang mit der Entsorgung von Atommüll ist unbekannt, dürfte aber in den kommenden Jahren in die Höhe schießen. Frankreich will beispielsweise ein Lager in tiefen geologischen Tonschichten in Bure (Lothringen) bauen. Geplant sind 300 Kilometer unterirdische Stollen. Für die Befestigung der Gänge sind 275000 Kubikmeter Beton nötig. Das ist energie- und CO₂-intensiv! Und keine sichere Lösung für das Atommüllproblem.

Atommüll entsteht bereits bei jeder Etappe der Brennelementefertigung, nämlich beim Uranabbau, bei der Konversion, bei der Urananreicherung und bei der Brennelementefertigung. Hinzu kommt dann der Müll aus dem Betrieb des Atomreaktors und aus der Wiederaufbereitungsanlage. Zwischen allen Schritten erfolgen Atomtransporte und es entsteht weiterer Atommüll!

Atomtransporte gehen weiter

Der Atommüll wird immer wieder verschoben. Das soll den Eindruck erwecken, die Atomindustrie habe das Problem im Griff. Für 2020 stehen Castor-Transporte von Sellafield nach Biblis an. Doch in Deutschland weiß

man genauso wenig wie in anderen Ländern wohin mit diesem Atommüll. Weder für den schwach- und mittelradioaktiven noch für den hochradioaktiven Müll gibt es eine Endlagerlösung. Der Export von Uranmüll aus der Gronauer Urananreicherungsanlage von Urenco sorgt derzeit für Protest von Atomkraftgegner*innen im Münsterland und zeigt, wie menschenverachtend das Geschäft mit dem Atom ist. Da der Export von Atommüll gesetzlich nicht erlaubt ist, deklariert Urenco den Müll als Wertstoff um und exportiert ihn nach Sibirien. Dort werden nicht einmal 10 % der Gesamtmenge wiederverwendet. 90 % lagern unter freiem Himmel. Die Fässer rosten vor sich hin. Ein Unfall ist jederzeit möglich. Aus Uranhexafluorid bildet sich stark ätzende Fluorwasserstoffsäure, wenn der Stoff mit Wasser und Luft in Kontakt kommt.

Atomkraft bremst den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Deshalb müssen Subventionen für Atomkraft (Euratom-Gelder, Forschung) gestrichen werden. Das Geld muss in die Erneuerbaren investiert werden. Zwischen 2009 und 2018 sind die Kosten der kommerziellen Sonnenenergie weltweit um 88 % gesunken, die Kosten der Windenergie um 69 %. Im selben Zeitraum stiegen die Kosten der Atomenergie um 23 %.

Atomkraft ist keine Lösung für die Klimakrise.

Cécile Lecomte



Unter waldfussabdruck.robinwood.de können Sie Ihren persönlichen Wald-Fußabdruck berechnen und erfahren, wie Sie ihn verringern können

impressum

Nummer 144/1.20

ROBIN WOOD-Magazin

Zeitschrift für Umweltschutz
und Ökologie

Erscheinungsweise vierteljährlich

Redaktion:

Jana Ballenthien, Tim Christensen,
Sabine Genz, Angelika Krumm, An-
nette Littmeier, Dr. Christiane Weitzel
(V.i.S.d.P.). Die Redaktion ist für Layout,
Satz, Fotos, Anzeigen verantwortlich.

Verlag:

ROBIN WOOD-Magazin
Bundesgeschäftsstelle
Bremer Straße 3, 21073 Hamburg
Tel.: 040 380892-0, Fax: -14
magazin@robinwood.de

Jahresabonnement:

12,- Euro inkl. Versand. Der Bezug des
Magazins ist im Mitgliedsbeitrag ent-
halten. Förder*innen, die ab 50 Euro
jährlich spenden, erhalten ein
kostenloses Jahresabo.

Gesamtherstellung:

Nordbayerischer Kurier, Bayreuth
Bogenoffsetdruck, Auflage: 8.000.
Gedruckt mit mineralölfreien Farben
auf 100 % Recyclingpapier mit dem
Blauen Engel.

Titelbild:

iStock by Getty Images:
Liana Monica Bordei
Annika Lübke, Kommunikationsdesign,
Berlin

Spendenkonto:

ROBIN WOOD e.V.
Sozialbank Hannover
IBAN: DE 13 25120510 00084 555 00
BIC: BFS WDE 33 HAN



info@robinwood.de
www.robinwood.de

ÖKOSTROM: WECHSELN LEICHT GEMACHT

Keine Lust mehr auf Atom und Kohle? Kaum etwas ist so leicht wie der Wechsel zu Ökostrom, um die Energiewende zu fördern. ROBIN WOOD hat mehr als 1200 Energieanbieter überprüft und kann Ihnen davon zehn zum Wechseln auf deren Ökostrom-Tarif empfehlen. Wie einfach das geht, erfahren Sie im ROBIN WOOD-Ökostromreport 2020, der in der Mitte des Magazins eingheftet ist.

Ich möchte andere informieren!

Ich brauche nur
eine Briefmarke und
einen Briefumschlag.

Bitte senden Sie mir:

___ Exemplare dieses Magazins

___ Exemplare des Ökostromreports 2020

ROBIN WOOD e.V.
Geschäftsstelle
Bremer Str. 3

21073 Hamburg

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Datum, Unterschrift



JETZT WECHSELN!

Im aktuellen ROBIN WOOD-Ökostromreport
erfahren Sie wie das geht!



www.robinwood.de